

Homburger Neueste Nachrichten

Anzeiger für Bad Homburg v. d. G. und Umgebung

Legungspreis: Monatsabonnement R.-M. 1.75 einschließlich
Ersäckerlohn. Erscheint täglich werktags.

Tannus-Post—Homburger Lokalblatt

Anzeigenpreise: Die sechsgehaltene 43 mm breite Nonparelle-
zeile kostet 15 Bfg., anwärts 20 Bfg., im Reklametell
92 mm breit 50 Bfg. — Die Einzelnummer 10 Bfg.
Postfachkonto: Frankfurt am Main 39 864.

Telefon 2707

Geschäftsstelle und Redaktion: Bad Homburg v. d. G., Luitjenstraße 26

Nr. 35

Mittwoch, den 11. Februar 1931.

6. Jahrgang.

Der Reichstag ohne Rechtsopposition

Nationalsozialisten, Deutschnationale und Landvolk ver- lassen den Saal. — Große Rede des Außenministers.

Bis früh um 4 Uhr . . .

Neue Geschäftsordnungsbestimmungen im Reichstag. —
Neue Bestimmungen im Pressegesetz.

—s. In einer Nachtigung, die bis Dienstag früh
4 Uhr dauerte, hat der Reichstag nach außerordentlich
lebhaften, teilweise stürmischen Verhandlungen einer
Aenderung seiner Geschäftsordnung zugestimmt. Sonst haben Geschäftsordnungsdebatten, nüchtern
und trocken, wie sie im allgemeinen sind, nicht das große
Interesse gefunden, das ihnen dieses Mal entgegengebracht
worden ist. Der Grund für diese außerordentliche Anteil-
nahme liegt natürlich darin, daß die Debatten um die Ge-
schäftsordnungsreform in Wahrheit weit über diesen Rah-
men hinausgingen und zu eminent politischen Auseinander-
setzungen wurden zwischen den Parteien, die die Regierung
stützen, und denen der Opposition.

Um was ging es eigentlich? Wenn man diese Frage
gemeinverständlich beantworten will, muß man nochmals
kurz an die parlamentarische Lage erinnern. Räumlich: die
Reichsregierung Brüning will keine Parteienregierung
sein. Sie hat in der Tat auch im Reichstag keine feste Mehr-
heit, die ihr unbedingt folgt, sondern muß sich eine Mehr-
heit von Fall zu Fall suchen. Das ist im derzeitigen Reichs-
tag sehr schwer, weil die Parteien, die unter allen Umständen
in Opposition zur Regierung treten, sehr stark sind.
(Nationalsozialisten 107, Kommunisten 77, Deutschnationale
43 Abgeordnete, zu denen noch in sehr vielen Fällen Zu-
zug aus anderen Gruppen kommt.) Gegenwärtig handelt
es sich im Reichstag um die Verabschiedung des
Reichshaushaltes für 1931/32. Die Reichsregie-
rung legt größten Wert darauf, daß dieser Etat auf par-
lamentarischem Wege unter Dach und Fach kommt. Die
Opposition aber möchte das gerne verhindern weil sie
Wert darauf legt, den Nachweis dafür zu erbringen, daß
Deutschland überhaupt nicht parlamentarisch regiert wer-
den kann. Um dieses Ziel zu erreichen, waren die oppo-
sitionellen Gruppen entschlossen, alle Mittel anzuwenden, da-
mit die Verhandlungen sich möglichst lange hinauszuziehen.
Es gibt deren verschiedene: man kann zu jedem Etatstitel
Dauerreden halten, man kann die Abstimmungen — auch
solche über Kleinigkeiten — zu namentlichen machen (es
müssen dann die Namen aller Abgeordneten aufgerufen
werden und jeder gibt eine „Ja“-Karte oder eine „Nein“-
Karte ab), man kann Vertagungsanträge stellen usw., usw.
Schließlich kann die Opposition auch Vertrauensanträge für
die Regierung einbringen, denen sie aber selber natürlich
nicht zustimmt, sondern mit denen sie nur die Regierung
in Verlegenheit setzen will.

Die Anwendung des Mittels der Dauerreden war im
Reichstag schon dadurch unmöglich gemacht worden, daß
vor jeder Debatte durch Mehrheitsbeschluß eine bestimmte
Redezeit für den einzelnen Abgeordneten festgesetzt wird.
Um auch die Anwendung anderer Mittel nach Möglichkeit
zu verhindern, haben die in der Regierung vertretenen
Parteien — Zentrum, Deutsche Volkspartei, Bayerische
Volkspartei, Staatspartei, Volkskonservative — unter-
stützt durch die Sozialdemokratie, die Wirtschaftspartei und
die Landvolkgruppe, Anträge auf Aenderung der Ge-
schäftsordnung eingebracht. Diese sehen vor, daß das Ver-
trauen, dessen die Reichsregierung nach der Verfassung zur
Amtsführung bedarf, nicht durch ein besonderes
Vertrauensvotum des Reichstages ausgedrückt wer-
den muß, sondern daß es genügt, wenn der Reichstag der
Regierung nicht das Vertrauen entzieht. Ferner sollen hin-
fort Anträge auf Ausgabesteigerungen auch gleichzeitig
Nachweise über die nötigen Einnahmen enthalten. Inter-
pellationen sollen keine polemischen Äußerungen
gegen die Regierung mehr enthalten dürfen, sondern müs-
sen sachlich sein, sonst kann sie der Präsident zurückweisen.
Diese Anträge also standen auf der Tagesordnung der
Reichstagsitzung, die Montag nachmittag 3 Uhr begann
und bis Dienstag früh um 4 Uhr, somit nahezu 12 Stunden
dauerte.

Nochmals ließ die Opposition alle Mienen springen, um
die Annahme der Anträge, die sie als eine Anebelung der
Minderheit bezeichnete, zu verhindern. Nochmals nützte sie
alle Bestimmungen der Geschäftsordnung aus. Es gab
Wärmigen und große Tumulte, es gab Ordnungsrufe in
Stille und Fülle, gab Ausweisungen aus dem Sitzungs-
saal — kurz alle Disziplinarmaßnahmen, die die Geschäfts-
ordnung kennt, wurden angewendet. Gegenüber dem Ver-
langen auf namentliche Abstimmung verwies der Reichs-

tagspräsident darauf, daß nach der Geschäftsordnung über
einen solchen Antrag, wenn er von 50 Abgeordneten unter-
stützt wird, zunächst abgestimmt werden muß und daß erst
dann, wenn er eine Mehrheit gefunden hat, die nament-
liche Abstimmung tatsächlich stattzufinden braucht. (Die
bisherige Praxis war so, daß einem solchen Antrag statt-
gegeben wurde, wenn er von 50 Abgeordneten unterstützt
war.)

Unter Zuhilfenahme all dieser Mittel gelang es schließ-
lich, in der vierten Morgenstunde des Dienstag zu den ent-
scheidenden Abstimmungen zu kommen. Da die gesamte
Opposition den Saal verlassen hatte, wurden die Anträge
— einstimmig angenommen: 303 Abgeordnete wa-
ren anwesend 303 Stimmen wurden für die Aenderung
der Geschäftsordnung abgegeben. Es war fast tragikomisch:
nach diesen Szenen ein einstimmiges Votum des
Reichstages!

Mit der Aenderung der Geschäftsordnung verbunden
wurde eine Aenderung des Pressegesetzes. Es soll
künftig nicht mehr zulässig sein, daß ein Abgeord-
neter als verantwortlicher Redakteur einer Zeitung getätet,
weil er durch seine parlamentarische Immunität gegen Straf-
verfolgungen, die er sich etwa wegen Beleidigung usw. sonst
zuziehen würde, geschützt ist.

Die Abstimmungen über diese Dinge werden in politi-
schen Kreisen als weiterer Erfolg der Regierung Brüning
betrachtet, der die Aussichten, daß der Reichsetat auf par-
lamentarischem Wege verabschiedet wird, stark verbessert
hat.

Am Regierungstische: Reichskanzler Brüning, Außen-
minister Dr. Curtius.

Präsident Lobe eröffnet die Sitzung um 3 Uhr.

Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung des
Haushaltes des Auswärtigen Amtes, und zwar nur das Ri-
pitel über das Ministergehalt. Verbunden damit sind der
deutschnationaler Mißtrauensantrag gegen den
Außenminister und zahlreiche außenpolitische Anträge und
Interpellationen der Parteien.

Die Opposition verläßt den Saal.

Vor Eintritt in die Tagesordnung verließ Abg. Stöhr
(N.S.), während sich die Nationalsozialisten von den Plätzen
erhoben, eine Erklärung, die mit dem Hinweis darauf
beginnt, daß 6,5 Millionen Deutsche am 14. September ge-
gen den Tributwahn und die damit verbundene Verelen-
dung Einspruch erhoben haben. Wider Recht und Gesetz hät-
ten die Regierungsgewalten die nationalsozialistische Oppo-
sition aber von der Uebernahme der Macht ausgeschlossen.
Nunmehr hätten die Tribuparteien auch eine verfassungs-
widrige Aenderung der Geschäftsordnung zur Vergewaltig-
ung der Opposition durchgesetzt.

Die Nationalsozialisten erklärten fernerlich, daß alle Be-
schlüsse des Reichstages nach dieser verfassungswidrigen
Aenderung der Geschäftsordnung gegen die Verfassung
verstoßen, und deshalb der Gesetzeskraft entbehren. (Ca-
chen bei den Regierungsparteien.)

Dieses Parlament habe das Recht verwirkt, im Namen
des deutschen Volkes zu reden. Das Volk blicke auf die Er-
klärungen des Nationalsozialismus und wolle, daß dem
Tributwahn ein Ende gemacht werde. Die Nationalsozial-
isten würden den Tributreichstag, dieses Haus des organi-
lierten Verfassungsbruches (Ordnungsruß), verlassen.
Sie appellierten an den Reichspräsidenten, den Reichstag
aufzulösen.

Die Nationalsozialisten verlassen dann mit einem drei-
fachen Heil auf Hitler geschloßen den Saal.

Abg. v. Freytag-Loringhoven (Dn.) gibt na-
mens seiner Fraktion eine Erklärung ab, in der scharf „ge-
gen die Vergewaltigung der Minderheit durch die schwarz-
rote Mehrheit“ protestiert und erklärt wird, daß die
Deutschnationalen

auf eine weitere Mitarbeit mit dieser Mehrheit verzichten.
Die Deutschnationalen würden alles tun, was geeignet ist,
die Macht der Mehrheit zu brechen.

Die weiteren Ausführungen des Redners, die sich scharf
gegen das bestehende System richten, werden durch stür-
mische Psui- und Raus-Rufe unverständlich, worauf die
deutschnationale Fraktion ebenfalls den Sitzungs-
saal verläßt.

Abg. Dr. Bendthausen (W.) schließt sich den Aus-
führungen der Redner an. Unter stürmischen Raus-
rufen bei den Regierungsparteien verläßt dann auch die
Landvolk-Fraktion den Saal.

Die Kommunisten dagegen lassen erklären, daß sie
trotz aller Vergewaltigung nicht daran dächten, dieses „Ro-
mödienpiel der Rechten“ mitzumachen. Sie blieben im
Saal.

Deutschlands Außenpolitik.

Dann tritt das Haus in die Tagesordnung ein und
Reichsaußenminister Dr. Curtius

erhält das Wort zu einer großen außenpolitischen Rede.

Er erklärt einleitend, daß er sich nicht auf einen Bericht
über die Genfer Verhandlungen beschränken, sondern von
seiner Grundlage aus den wichtigsten allgemei-
nen Fragen unserer Außenpolitik nachgehen
werde. Er beginnt mit der Besprechung der Verhandlungen
des Studienausschusses für europäische Zusammenarbeit.
Daß die Sowjetregierung sich grundsätzlich bereit er-
klärt hat, an den Beratungen des Europaausschusses teil-
zunehmen, begrüße ich mit Rücksicht auf unsere Beziehun-
gen zu Rußland mit besonderer Genugtuung.

Der Angelpunkt der großen europäischen Fragen ist
das deutsch-französische Verhältnis. Es wäre verhäng-
nisvoll für das Schicksal Europas, wenn sich nicht auch
jenseits des Rheins die Erkenntnis der Ursachen durch-
setze, die letzten Endes die heutige Situation in Europa
herbeigeführt haben.

Die Forderungen, für die wir uns einsetzen, sind mit
den Lebensnotwendigkeiten anderer Völker nicht unverein-
bar und lassen sich auf dem Wege gerechten friedlichen
Ausgleichs erfüllen. Wir sind durchdrungen von der Ueber-
zeugung, daß ein neues Gemeinschaftsgefühl im Werden
ist.

Wir wollen aber nicht, daß das neue Europa auf der
Grundlage unseres schwersten Niederbruchs aufgebaut wird.
Wir geben die Hoffnung nicht auf, daß wir uns mit dem
französischen Volk auf diesem Wege zusammenfinden.

Der Minister geht dann auf

die Abrüstungsfrage

ein. Die Größe der Aufgabe der Abrüstungskonferenz wird
die Politik aller Staaten, in der nächsten Zukunft entschei-
dend beeinflussen. Dort wird sich herausstellen, ob es zur
Abrüstung kommt oder nicht. Für uns ist entscheidend,

daß wir einen klaren Rechtsanspruch auf Durchfüh-
rung der allgemeinen Abrüstung haben und daß wir uns
mit einer noch längeren Verzögerung der Erfüllung
dieses Anspruches nicht abfinden werden.

Die Ueberzeugung von unserem Recht hat inzwischen
Schritt um Schritt an Boden gewonnen. Noch gestern hat
der englische Außenminister erklärt, daß jedes Mitglied des
Völkerbundes durch Gesetz zur Abrüstung verpflichtet sei.
Nun müssen den Worten die Taten folgen. Für alle
Welt ist die Lösung der Abrüstungsfrage der Prüfstein
des Völkerbundes.

Im Mittelpunkt der Tagung des Völkerbundesrates
steht die Behandlung der

polnischen Gewalttaten

gegen die deutschen Minderheiten. Mit klaren Worten ist
festgestellt worden, daß in zahlreichen Fällen eine Verlet-
zung der Bestimmungen der Genfer Konvention vorliegt.
Es ist für die Geschichte des Minderheitenschutzes von be-
sonderer Bedeutung, daß die Feststellung von Vertragsver-
letzungen durch eine dem Völkerbundesrat angehörende
Macht in aller Deutlichkeit erfolgt ist, und daß der
Völkerbundesrat eine Ratsmacht so eindringlich aufgefordert
hat, die vorhandenen Mißstände zu beheben. Daran ändern
nichts gewisse Erklärungen im Auswärtigen Ausschusse des
Senats in Warschau, die vergeblich zu beschönigen
versuchen. In der Möglichkeit der Nachprüfung der
Berichte der polnischen Regierung bei der Mai-Tagung
liegt die wichtigste Garantie, die uns und den Min-
derheiten gegeben ist.

Auch die deutsche Regierung erwartet, daß der Völ-
kerbund in Zukunft entschlossener als bisher seine hohe
Aufgabe durchführt, ein Hort der Minderheiten zu
sein.

Im Völkerbundesrat hat ferner von den
kritischen Memelfragen

nur diejenige des Vetorechtes eine Klärung gefunden. Die weitere Erörterung wurde auf die nächste Ratstagung vertagt. Wir hoffen, daß es gelingt, zu einer Einigung zu kommen, ohne daß ein Eingreifen des Völkerbundes erforderlich wird.

In der Frage der Kolonialmandate wird die Reichsregierung keine Handhabe unbenuzt lassen, um der deutschen Auffassung von der Unantastbarkeit der Selbständigkeit der Mandatsgebiete Geltung zu verschaffen.

Deutschland und der Völkerbund.

Der Minister macht dann Ausführungen über die allgemeine Einstellung zum Völkerbund. Gewiß haben wir oft Anlaß zu scharfer Kritik an den Beschlüssen des Völkerbundes gehabt. Aber Kritik und Enttäuschung sind nicht ohne weiteres gleichbedeutend mit der Notwendigkeit, unsere Mitgliedschaft und damit den Kampf in Genf aufzugeben. Die Befriedigung, die Sie (nach rechts) jetzt über die demonstrative Geste einer deutschen Kündigung empfinden könnten, würde recht schnell einer großen Ernüchterung Platz machen.

Selbstverständlich steht die Reichsregierung nicht auf dem Standpunkt, daß Deutschland unter allen Umständen im Völkerbund zu bleiben hätte. Wenn er sich der Erfüllung derjenigen Aufgaben, die die Grundlage seines Daseins bilden, verweigert, dann wären vielleicht wir eines Tages zu neuen Entschlüssen gezwungen.

Es ist aber nicht richtig, daß die Zugehörigkeit zum Völkerbund bisher für Deutschland ergebnislos gewesen sei, und daß sie uns nur Hemmungen unserer politischen Bewegungsfreiheit gebracht hätte.

Es ist eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Außenpolitik, den Völkerbund immer mehr zu einer Aktivität zu bringen, die seinem wahren Grundgedanken entspricht.

Mit der moralischen Gleichberechtigung Deutschlands steht im engsten Zusammenhang

die Kriegsschuldfrage.

Alle deutschen Regierungen haben immer wieder gegen die Versailler Kriegsschuldtheorie schärfste Verwahrung eingelegt. Ganz Deutschland ist darüber einig, daß ihm durch das einseitige Schuldiktat von Versailles schweres Unrecht zugefügt worden ist.

Zahlreiche Rundgebungen von amtlicher Seite haben den deutschen Standpunkt vor aller Welt klar gelegt. Im Kampf für Wahrheit, Ehre und Freiheit haben wir neben diesen Rundgebungen den Weg der Aufklärung beschritten. Die Folge war, daß sich die Sachverständigen fast aller Länder mit der Kriegsschuldfrage befaßt haben. Durch diese Arbeit ist die Grundlage der Versailler Kriegsschuldtheorie in ihrer historischen Haltlosigkeit längst erschwieben. Der Tag ist nicht fern, an dem Richter oder Gelehrte zusammentreten werden, um endlich den Spruch der Wahrheit und der Gerechtigkeit zu fällen.

Die Reparationsfrage.

die ich zum Schluß behandle, stand nicht in Genf zur Behandlung. Sie drängt sich aber auch wie ein ungebeter Gast in alle internationalen Zusammenkünfte ein. Das Gespenst wird erst zur Ruhe kommen, die Weltwirtschaft von diesem Alp befreit werden, wenn Wirtschaftsvernunft und Gerechtigkeit sich endgültig durchgesetzt haben. Seit einem Jahr ist

der Neue Plan

in Kraft. Unsere Gegner wissen, daß wir ihn nicht zerreißbar werden. Wie die Unverbrüchlichkeit der Pflicht zur Zahlung privater deutscher Finanzschulden, so steht fest, daß wir über unsere öffentlichen Schuldverpflichtungen nur auf dem Vertragsboden, nur mit den Mitteln internationaler Rechtsordnung verhandeln und handeln werden.

Aber unsere Gläubiger wissen auch, daß wir eine Garantie für die Erfüllbarkeit des Neuen Plans stets abgelehnt haben.

Seit der Haager Konferenz hat eine völlige Verlagerung in der Weltwirtschaft stattgefunden. Wir stehen vor ganz neuen Aufgaben zur Überwindung der Krise, bei denen die Reparationsfrage einen ausschlaggebenden Faktor bildet. Diese Lage in Verbindung mit unserer Finanznot und der Verblendung unseres Volkes bringt die Reparationsfrage in den Vordergrund auch des außenpolitischen Handlungsbereichs. Ich bin mit dem Reichskanzler der Meinung, daß Zeitpunkt und Maßnahmen für eine Erleichterung unserer Lasten nicht außerhalb deutscher Zusammenhänge bestimmt werden dürfen.

Die Reichsregierung hat bei ihrem Amtsantritt ihre außenpolitischen Ziele gekennzeichnet:

Erringung der nationalen Freiheit sowie der moralischen und materiellen Gleichberechtigung Deutschlands auf dem Wege des Friedens unter Ablehnung einer Politik der Abenteuer. Unter diesem Ziel steht die überwältigende Mehrheit des deutschen Volkes. Die Methode zur Erreichung dieses Zieles kann nur in Vereinigung zähen Willens mit klarer Erkenntnis der Lage und Besonnenheit der Führung bestehen.

Ich bin überzeugt, daß die Reichsregierung auf diesem Wege eine stetig wachsende Gefolgschaft finden wird. (Lebhafte Beifall bei den Regierungsparteien.)

Die Aussprache.

Das Haus tritt dann in die Tagesordnung ein. Präsident Lobe bittet die Abgeordneten, dafür Sorge zu tragen, daß der Reichstag nicht der Beschlußfähigkeit anheimfällt. Bei der jetzigen ersten Lage müsse man verlangen, daß nur schwererkrankte Abgeordnete den Sitzungen fern bleiben. Die Aussprache eröffnet

Abg. Stämpfer (S.).

der erklärt, die Nationalsozialisten und die Deutschnationalen hätten darauf spekuliert, daß Deutschland in Genf eine Niederlage erleide. Nun es aber anders gekommen sei, betrachteten sie den deutschen Sieg als Niederlage und rissen aus. Mit Polen stehe Deutschland in Konflikt, weil dort das Dritte Reich ausgebrochen sei. Die Sozialdemokraten hätten als erste gegen die Vergewaltigung der deutschen Minderheit in Polen Protest erhoben. Sie sehen sich nach wie vor für die Volks- und Kulturgemeinschaft der Deutschen in der Welt ein. Die Denkwürdigkeiten des Fürsten Bülow seien eine vernichtende Selbstanklage

gegen die kaiserliche Außenpolitik seit Bismarck und zeigen, daß diese ganze Politik eine einzige Operette gewesen sei, die sich allerdings am 1. August 1914 zu einer Tragödie entwickelt habe.

Abg. Kaas (Z.)

stellt fest, daß die Verhandlungen durch den Auszug der sogenannten nationalen Opposition an Sachlichkeit und Geistigkeit gewonnen hätten. Redner stimmte den Ausführungen Dr. Curtius zu und erklärte zur Paneuropäfrage man könne ein neues Europa zwar auf der Landkarte machen, aber man dürfe nicht vergessen, wirklich in allen Völkern den Geist großzuziehen, der dem Mechanismus dieses Europa allein das Bild eines wirklich positiv funktionierenden Mechanismus gewähre. In der Abrüstungsfrage stelle er für seine Freunde fest, daß sie nicht nur aus wahlpolitischen, sondern aus ethischen und grundsätzlichen Erwägungen heraus (Lärm bei den Kommunisten — Ordnungsruf für den Abg. Sadasch (R.)) die Abrüstung als das Primäre ansehen. Was Polen betreffe, so hätten seine Freunde nicht daran, die deutsche Politik in eine grundsätzliche Gegnerschaft gegen den polnischen Staat zu bringen, aber es bestünden sachliche Bedenken gegen die Grenzen, die der polnische Staat im Versailler Vertrag gefunden habe. Das brauche eine Verständigung zwischen Deutschland und Polen nicht zu hindern. Wenn England die geplante Neuregelung im früheren Deutsch-Ostafrika durchführen sollte, so wäre das nicht nur eine taktische, sondern auch eine rechtliche Distanzierung von den bei der Mandatsübernahme übernommenen Verpflichtungen mit der sich Deutschland nicht abfinden könne. Redner begrüßte die positive Einstellung des Außenministers zum Völkerbund. In der Kriegsschuldfrage arbeite die Zeit für uns. In der Reparationsfrage sei eine Gesamtlösung zu wünschen. Der sicher subjektiv ehrlich gemeinte Vorschlag d'Ormessens sei zu begrüßen. Statt der inneren Zerklüftung brauche Deutschland Sammlung, um eine ehrliche und selbstbewusste Verständigungspolitik treiben zu können.

Abg. Tauch (DVP.)

sieht in dem Auszug der Rechtsopposition die notwendige Folge einer Agitationspolitik, die aus dem Reichstag eine Wahlversammlung machen wollte. Hoffentlich werde nun die Sachlichkeit im Reichstag wieder eintreten. Der Redner begrüßt die Genfer Entscheidung gegen Polen. Für die Führung der Genfer Verhandlungen gebühre dem Außenminister der Dank des Reichstages (Beifall). Die Revision der jetzigen Reparationsverpflichtungen sei dringend notwendig. Vorauszusehen müsse die innere Sanierung. Eine erfolgreiche Außenpolitik können wir nicht führen, wenn die innere Verheerung nicht aufhört. Wir alle lieben unser Vaterland mindestens ebenso heiß wie die sogenannte nationale Opposition (Beifall).

Gegen 6 30 Uhr wird die Weiterberatung auf Mittwoch 3 Uhr vertagt.

...halb Bohnenkaffee,
halb Kathreiner, das
schmeckt wundervoll- und Sie
sparen schönes Geld dabei...

Rußland und der Europa-Ausschuß.

Die Sowjetunion nimmt an der Tagung teil. Moskau, 10. Febr. Volkskommissar Litwinow richtete eine Note an den Völkerbund, in der er mitteilt, daß die Regierung der Sowjetunion sich bereit erkläre, an der Tagung des Europäischen Ausschusses teilzunehmen.

In der umfangreichen Note setzt Litwinow den Standpunkt der Sowjetregierung auseinander. Ob sie an den weiteren Arbeiten des Europa-Ausschusses Anteil nehmen werde, könne erst entschieden werden, wenn das notwendige Material vorliegt.

Dann beschäftigt sich Litwinow mit der Frage der Einladung zur Tagung des Europa-Ausschusses und erklärt, daß diese nicht in dem Sinne ausgefallen sei wie es die Sowjetregierung erwartet habe. Panuropa soll diejenigen Länder vereinigen, die geographisch in Europa liegen und bekanntlich besitze die Sowjetunion 45 v. H. der Fläche Europas, im Vergleich zu der Schweiz, die nur 0,5 v. H. besitze.

Die Tagung des Europa-Ausschusses müsse wirklich den Interessen des Friedens in Europa dienen und dürfe nicht ausgenutzt werden für einen Kampf gegen diejenigen politischen Mächte, die sich bis jetzt dem Paneuropagedanken nicht angeschlossen haben.

Eine bemerkenswerte Beschlagnahmung.

Kattowik, 10. Febr. Der „Oberschlesische Kurier“ in Königschütze, der die Londoner Meldung über die angebliche Neuorientierung der polnischen Außenpolitik (Grenzrevision für deutsche Neutralität bei einem polnisch-russischen Konflikt) veröffentlicht hatte, ist beschlagnahmt worden.

Danaach scheint auch heute noch jede Andeutung einer möglichen Grenzrevision auf Polen wie ein rotes Tuch zu wirken. Die Beschlagnahme rückt aber gleichzeitig der Ernsthaftigkeit der Berichte über derartige Sondierungen in Paris in das rechte Licht. Vorausgesetzt, daß man in Warschau weiß, was in Oberschlesien geschieht.

Er aber schweigt

Kattowik, 10. Febr. Im schlesischen Sejm leitete der Wojwode Grazynski die Haushaltsberatungen mit einer einseitigen Rede ein. Der Wojwode beschränkte sich in seinen Ausführungen lediglich auf wirtschaftspolitische Fragen unter vorsichtiger Umgehung aller politischen Ereignisse, besonders auch der bekanteten Vorfälle während der Wahl. Auch das Verhältnis des Wojwodens zur deutschen Minderheit wurde mit keinem Wort berührt. Die Ausführungen Grazynskis schlossen mit einem Appell an alle Parteien zur harmonischen und sachlichen Zusammenarbeit.

Die Panama-Flagge auf dem deutschen Schiff.

Eine Erklärung des Reichsverkehrsministeriums. Berlin, 10. Febr. Zu dem Aufsehen erregenden Flaggenwechsel einer deutschen Reederei in Hamburg veröffentlicht das Reichsverkehrsministerium eine Erklärung über die rechtlichen Gesichtspunkte. Es wird darin festgestellt, daß deutsche Staatsangehörige nicht verpflichtet sind, ihre Schiffe unter deutscher Flagge zu betreiben.

Es sei vom nationalen Standpunkt aus nicht nur bedauerlich, sondern auf das Schärffste zu verurteilen, daß eine Hamburger Reederei einen Flaggenwechsel vornimmt, um sich der deutschen Steuererhebung und den deutschen Sozialabgaben zu entziehen.

Mit der Unterstellung des Dampfers „Bogland“ unter die Flagge von Panama hört die Geltung deutschen Rechtes auf dem Schiffe auf. Die deutsche Sozialversicherung gelte für Seeleute auf ausländischen Schiffen nicht. Es bleibe den deutschen Verfrachtern und Versicherern überlassen, ob sie ausländische Schiffe beladen oder in Versicherung nehmen wollen.

Politisches Allerlei

Dr. Rätz Oberbürgermeister von Dresden.

In der Stadtverordnetenversammlung fand die Wahl des Oberbürgermeisters statt. Von den 74 anwesenden Stadtverordneten wurden 36 Stimmen für Reichsminister a. D. Dr. Rätz, 28 für den früheren volksparteilichen Reichstagsabgeordneten Dr. Most, 6 für den kommunistischen Berliner Stadtrat Stolt und 4 weiße Zettel abgegeben. Dr. Rätz, der damit zum Oberbürgermeister der Stadt Dresden gewählt wurde nahm das Amt an.

Parteiuniformen im Thüringer Landtag.

Der Aeltestenrat des Thüringer Landtages befahl sich mit der Frage des Uniformverbotes innerhalb des Landtages. In der letzten Volltagung war der nationalsozialistische Abg. Hennicke vom sozialdemokratischen Vizepräsidenten Leber aus dem Saale verwiesen worden, weil er das Braunkemdtug. Der Aeltestenrat kam zu dem Beschluß, den Abgeordneten vorläufig das Tragen von Parteiuniformen nach Belieben zu überlassen, da die Geschäftsordnung keine Handhabe zum Einschreiten bilde.

Berufung im Opperlner Fliegerprozeß.

Der am 31. Januar vom Opperlner ermittelten Schöffengericht wegen Vahrogehens zu zwei Wochen Gefängnis verurteilte polnische Flieger Feldwebel Hugo Wolf hat durch seinen Breslauer Verteidiger gegen das Urteil Berufung eingelegt lassen.

Der Fall Butler und Mussolini.

Wie in Washington nunmehr bekannt wird, hatte Marineminister Adams die Einstellung des Kriegsgerichtsverfahrens gegen Generalmajor Butler erst dann verfügt, nachdem der italienische Botschafter de Martino im Auftrage Mussolinis im Staatsdepartement erklärt hatte, daß Rom keinerlei Interesse daran habe, die freundschaftlichen Beziehungen zwischen Italien und den Vereinigten Staaten durch eine Kriegsgerichtsverhandlung beeinträchtigt zu sehen.

Die Aufstandsbewegung auf Madeira.

Von Lissabon aus wurde ein Zerstörer mit einem Regiment Soldaten und mehreren Maschinengewehrabteilungen nach Funchal (Madeira) geschickt, um die Ruhe wieder herzustellen. Die Aufstandsbewegung, die in Verfolg der Einführung eines Monopols auf Getreide und Mehl ausgebrochen ist, hat auch durch die vorläufige Hinausschiebung der endgültigen Monopolverfügung keinerlei Milderung erfahren.

Rolle Farbe für kommunistischen Redakteur.

In der Redaktion der kommunistischen Zeitung „Ar Dag“ in Stockholm erschienen in der Nacht drei junge Leute und verlangten den Chefredakteur zu sprechen. Blöcklich zogen sie Revolver hervor und riefen „Hände hoch“. Es kam zu einem erbittertem Kampf, in dessen Verlauf die Eindringlinge überwältigt und der Polizei übergeben wurden. Die drei jungen Leute sind noch Schüler. Sie hatten beabsichtigt, den Chefredakteur der kommunistischen Zeitung zu fesseln und rot anzumalen.

Funkärztliche Beratung von Schiffen.

Eine neue Einrichtung der Reichspost.

Bremen 10. Febr. Die Deutsche Reichspost hat mit sofortiger Gültigkeit für außergewöhnliche Fälle einen Funknachrichtendienst für ärztlichen Beratung der Seeschiffe ohne Schiffsarzt bei der Küstenfunkstelle Elbe-Weser-Radio in Cuxhaven eingerichtet.

Die Beratungen geschehen durch das Staatskrankenhaus in Cuxhaven. Jedes Schiff, das mit einer Bordfunkstelle ausgerüstet ist, kann funktelegraphisch oder funktelephonisch ärztlichen Rat erbitten.

Das Telegramm muß enthalten: Kurz aber klar, vollständig alle Merkmale der Krankheit und alle näheren Umstände, die zur Erkrankung geführt haben können. Die deutschen Schiffe haben noch anzugeben, welchen Arzt sie an Bord des Schiffes, so kann das Gespräch unmittelbar mit dem Staatskrankenhaus geführt werden. Ausländische Schiffe können das Telegramm auch in englischer, französischer oder spanischer Sprache aufsehen. Es wird alsdann in derselben Sprache beantwortet.

Der Raubüberfall auf die Postagentur.

Ueberraschende Aufklärung: Die Frau war es. Opperln, 10. Febr. Die Ermittlungen in dem am 4. d. M. verübten Raubüberfall auf die Postagentur Schurwald (Kreis Opperln) haben zu einer aufsehenerregenden Aufklärung geführt.

Als Täter wurde überraschenderweise die Frau des Postagenten Pawlik überführt. Sie hat die Tat bereits eingestanden. Gleich von Anfang an hatte man die Frau im Verdacht, den Raub nur vorgeläuscht zu haben. Bei einer Hausdurchsuchung wurde nun ein Teil des gestohlenen Geldes aufgefunden. Die Frau hatte in bar 1000 Mark im Hofe des Grundstücks versteckt, und mit Reisig zugedeckt. Den Rest des Geldes in Höhe von 3600 Mark will sie verbrannt haben.

Aus Bad Somburg u. Umg.

Preußen und Bad Somburg.

Am gestrigen Abend fand eine gemeinsame Sitzung Magistrat und Stadtoverordneten statt, um die Anträge der Fraktionen und Parteien über das vorliegende Vertragwerk in Sachen Kurfonds entgegenzunehmen. Herr Bürgermeister Dr. Ederlein nahm in einmütiger Weise zu dem Vertragwerk Stellung. Der vorhandene Kurfonds von 350 000 Reichsmark, bestehend aus Effekten und Hypotheken, der sich nach Umwertung auf 420 000 Reichsmark belaufen wird, fällt Preußen. Der preussische Staat dagegen gibt Bad Somburg eine Summe in Höhe von 500 000 Reichsmark, nach vertraglichen Abmachungen mit Preußen nur Ueberholung der gesamten Kureinrichtungen. Verordnungen finden darf. Seltens der städtischen Abrechnungen Bad Somburg wurde der Wunsch geäußert, ein großer Teil des Geldes als Fonds für später zu reservieren. Außerdem sollen für die nächsten fünf Jahre für die Kur u. S. folgende Zuschüsse erfolgen: Preußen 87500 Rmk., Frankfurter Halbbahn 12500 Rmk., Stadt Frankfurt 12500 Rmk., Bezirksverband Wiesbaden 6250 Rmk., Kreisverband des Oberlaunuskreises 6250 Rmk. und Bad Somburg 25000 Rmk., von denen ein Teil auf den in Zukunft nicht mehr vorhandenen Kurfondszins verwendet werden.

Auch die Frage der zukünftigen Zusammensetzung des Ausschusses sollte einen großen Teil der gestrigen Verhandlungen ausmachen. Der Ausschuss, der augenblicklich aus einigen 20 Mitgliedern besteht, soll auf 11 Personen reduziert werden, und zwar werden vertreten sein: Frankfurt mit 4 Ausschüßern, Preußen mit 2, Bad Somburg mit 2, und Lokalbahn, Oberlaunuskreis und Bezirksverband mit je 1 Ausschüßermittglied.

Eine andere Verteilung des Aktienbesitzes kommt in Frage, da Preußen Wert darauf legt, daß Frankfurt beteiligt bleibt; allerdings hat sich Frankfurt erklärt, die Hälfte seines Stimmrechtes an den preussischen Staat abzutreten, so daß eine Majorisierung durch Frankfurt als Vorkaufsrecht des Hauptaktionärs stattfinden kann. Die Hauptaktion soll von einem Komitee zu bildenden Arbeitsausschüß bewältigt werden, nur aus fünf Personen bestehen soll, und zwar stellen je ein Mitglied Frankfurt, Somburg, Lokalbahn, Bezirksverband und Kreis. Dazu kommt der vertragliche Vertreter von Somburg, so daß Somburg als einzige Vertragspartei über zwei Stimmrechte verfügt. — Nach dieser losen Aussprache, die einen recht harmonischen Verlauf nahm, wird über den Punkt „Kur“ am 1. Februar 1931 die Generaldebatte folgen, so daß man nicht allzulanger Zeit mit definitiven Beschlüssen rechnen kann.

Versammlung des Grund- und Hausbesitzervereins am 9. Februar 1931. Die zahlreich besetzte Versammlung wurde von dem Vorsitzenden Herrn Dr. Hardt eröffnet. Er kennzeichnete die bedrückte Lage, in welche viele Hausbesitzer durch das Herannahen des Fälligkeitstermins der Aufwertungshypotheken gekommen sind und wie notwendig für jeden eine möglichst genaue Kenntnis der Bestimmungen des Aufwertungsgesetzes; deshalb habe der Vorstand es für wünschenswert erachtet, ein Referat hierüber erstatten zu lassen, welchem er Herr Rechtsanwalt Dr. A. Wertheimer das Wort erteilte. Derselbe führte aus: Die Erwartungen des Gesetzgebers vom Jahre 1925, daß nach ca. 5 Jahren die Verhältnisse beim Hausbesitz sich so gestalten würden, daß die Rückzahlung der Aufwertungshypotheken möglich sei, sind durch die tatsächliche Entwicklung der Verhältnisse stark enttäuscht worden. Das Gesetz hat daher die Fälligkeit um drei Jahre hinausgeschoben, falls der Gläubiger nicht mit Jahresfrist kündigt. Auf solche Kündigung kann der Hausbesitzer innerhalb dreier Monate Antrag auf Fristgewährung bei der Aufwertungsstelle einreichen. Die Fristgewährung voraus: erstens, daß der Eigentümer nicht selbst die Mittel zur Zahlung besitzt, ferner, daß er sie sich nicht zu Bedingungen verschaffen könne, die ihm in der Weise zugemutet werden können. Die Begriffe „Billigkeit“ und „Zumutbarkeit“ weisen den Aufwertungsrichter darauf hin, die Verhältnisse der Beteiligten genau zu prüfen und dementsprechend unter Abwägung der berechtigten Interessen die Entscheidung über die Fristgewährung zu treffen; hierbei kann auf Kalendertage erkannt werden, falls Gläubiger einverstanden, die auf Leistung von Sicherheiten u. dergl. Die Fristgewährung ist aber ausgeschlossen, wenn sie für den Gläubiger eine unbillige Härte darstellt z. B. weil er wegen sonstiger Mittellosigkeit, Arbeitslosigkeit, Krankheit, hohen Alters und dergl. dringend das Geld benötigt. Der Fristantrag kann nur einmal gestellt werden, die spätere Erstreckung der Frist ist unzulässig — die Frist kann nicht über den 31. 12. 34 hinaus gewährt werden. Schließlich machte der Vortragende noch darauf aufmerksam, daß die Eintragung von Rangbefugnissen des Eigentümers auf Grund des Aufwertungsgesetzes noch bis 31. 12. d. Js. geschieht und allen Hausbesitzern, welche diese Befugnisse noch nicht ausgenutzt haben, dringend zu empfehlen sei, dies noch zeitig zu tun. Der Vorsitzende dankte dem Referenten für seine Ausführungen. Nunmehr erhielt Herr Stadtoverordneter Struth das Wort zu ausschließlichen Erläuterungen über Ausfüllung des Einkommenssteuerformulars als Hausbesitzer. Er legte dar, daß je nachdem, ob über 35 Prozent Werbungskosten abgezogen oder ob

immer die Werbungskosten spezifiziert worden seien, die Deklaration verschieden auszufüllen sei. Er legte die verschiedenen Fälle auseinander, in denen noch besondere Abzüge zulässig seien und kam dann weiter auf die möglichen Grundsteuerermäßigungen zu sprechen. Schließlich wies er noch auf die Möglichkeit hin, für dringend erforderliche Reparaturen Zuschüsse aus Hauszinssteuermitteln leichtweise zu niedrigstem Zinssatz zu erhalten und fordert auf, Gebrauch hiervon zu machen. Hieran schloß sich eine ebendiese Aussprache an, besonders wegen der Nichtgewährung von Hauszinssteuermitteln für Hausreparaturen. Auf Antrag des Herrn Struth wird der Vorstand der Versammlung ermächtigt an die Stadtverwaltung eine Eingabe zu richten, sowohl betreffend Vergabe von Hauszinssteuermitteln für Hausreparaturen als wegen Erlasses der Grundsteuern für leerstehende Wohnungen. Aus der Versammlung wurde darauf aufmerksam gemacht, daß gerade in letzter Zeit hier anfallende wohlhabende Leute wegzögen, weil ihnen die Steuern hier zu hoch seien, die „Stadtväter“ sollen auf Maßnahmen sinnen, wie dem zu begegnen sei; vielleicht wären die Grundstückspreise hier zu hoch eingeschätzt, weil man die Verhältnisse des früheren Wellbades noch zu Grunde lege. Auch wurden kräftige Worte darüber laut, daß unsere heutige Gesetzgebung den Hausbesitzer und Unternehmer zum Steuerbündel mache. Die sehr anregend verlaufene Versammlung fand erst gegen 11 Uhr ihren Abschluß.

Handgewebe-Ausstellung. Die Handweberel Schloß Wellerburg des Bundes Deutscher Jugendvereine eröffnete heute in der Jugendherberge, Melereiberg 1, eine Handgewebe-Ausstellung, die das besondere Interesse der Damenwelt verdient. — Die Ausstellung bietet einen interessanten Einblick in die kunsthandwerkliche Tätigkeit der Werkstätten auf der Jugendburg Schloß Wellerwald, und zeigt in reizvollen Farbzusammenstellungen handgewebte Erzeugnisse für Kleidung und Raumschmuck, in ihrer vielfältigen Verwendungsmöglichkeit, die unter künstlerischen Gesichtspunkten auf allen Handwebstühlen hergestellt werden. Neben den farbenprächtigen Handgeweben wird an einem Handwebrahmen und an Webebrettern das Handweben an einfachen Apparaten gezeigt, wie es auch in Schule und Haus Verwendung finden kann. — Der Besuch der Ausstellung, die bis einschließlich Dienstag, den 17. Februar, täglich von 11 bis 1 und 3 bis 8 Uhr geöffnet ist, dürfte besonders den Frauen und Mädchen unserer Stadt sehr zu empfehlen sein.

Die Rolle der einheimischen Berufsmusiker. Es wird uns geschrieben: In einer öffentlichen Versammlung am Donnerstag, dem 19. Februar, wird Herr Oskar Sauer über Mißstände berichten, deren Ueberhandnehmen eine ernste Gefährdung der Existenzmöglichkeit ortsansässiger Berufsmusiker bedeutet. In der anschließenden Aussprache werden u. a. Vertreter hiesiger Vereine, des Gastwirtsgewerbes und der Sozialbehörde zu Wort kommen. (Näheres durch Inserat.)

Mißglück. Gestern nachmittag versuchte ein Radfahrer einer Dame in der Promenade die Handtasche zu entreißen. Suchte aber, als diese sich zur Wehr setzte, das Weite.

Papierdekorationen im Ballsaal. Die Fastnachtszeit nähert sich ihrem Höhepunkt. Bei Musik und Tanz steigern sich die Menschen hinein in den Trubel, und niemand mehr denkt daran, mit Zündholz und Rauchwerk vorsichtig umzugehen, wie es die erhöhte Feuergefahr einer solchen Umgebung erfordert. Das achtlos nach dem Anzünden einer Zigarette in einen Knäuel Luftschlangen geworfene Zündholz hat schon oft schwere Katastrophen, wie wir sie bis in die jüngste Zeit kennen, heraufbeschworen oder kleinere Brandfälle, die sich im Falschung zu hunderten ereignen und nur nicht öffentlich bekannt werden, verursacht. Mit diesem Leichtsinne der Besucher muß gerechnet werden, und dieser Umstand macht es den Veranstaltern, die eine große Verantwortung tragen, zu Gebot und Pflicht, alle Vorsichtsmaßnahmen bei der baulichen Herstellung von Dekorationen zu beachten und dadurch Brandschäden vorzubeugen. Es sollen nur flammensicheres Papier, das es im Handel gibt, und schwer entzündbare Stoffe verwendet werden, um die Sicherheit der Besucher zu gewährleisten und deren Leben oder Gesundheit nicht zu gefährden.

Erweiterter Vorverkauf von Zeitkarten. Um Reisenden bei der Lösung der Zeitkarten das lange Warten vor den Schaltern zu ersparen, ist neuerdings angeordnet worden, daß Zeitkarten (Monats- und Schülermonatskarten) jetzt schon jeweils vom 25. des Vormonats ab gelöst werden können. Dadurch wird dem reisenden Publikum Gelegenheit zur rechtzeitigen Beforgung der Zeitkarten gegeben, um den starken Andrang am Monatsende zu vermeiden. Teilmonats- und Arbeiterwochenkarten werden schon jeweils vom Freitag der Vorwoche an ausgegeben. Die frühere Lösung dieser Karten ist natürlich nicht mit einer früheren Gültigkeit verbunden: Monatskarten können nach wie vor erst vom Monatsersten an benutzt werden.

Geschäftsstille beim Handwerk. Die vorliegenden Berichte über die wirtschaftliche Lage des Handwerks im Januar sind sehr ungünstig. An diesem Rückgang ist nicht zu leidet der Mangel an gesellschaftlichen Veranstaltungen, Festlichkeiten usw. schuld. Auch die Nahrungsmittelhandwerke haben unter der zunehmenden Arbeitslosigkeit empfindlich zu leiden. So kann man sagen, daß der Arbeitsmarkt im Handwerk sich allgemein verschlechtert hat.

Frankfurt a. M. (Politikales Rowdium.) Zu der am Freitag, den 6. Februar an der Ecke Kaiserstraße und Bethmannstraße stattgefundenen Schlägerei und Schießerei zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten wird noch ergänzend mitgeteilt, daß der Täter, der den Nationalsozialisten niedergeschossen hat, inzwischen festgenommen worden ist. Er und weitere in dieser Sache festgenommene Personen werden am 10. Februar dem zuständigen Amtsrichter vorgeführt. Der 20jährige Täter gehört der KPD an. Die übrigen Festgenommenen stehen unter dem dringenden Verdacht, an der Schlägerei mitbeteiligt gewesen zu sein.

Frankfurt a. M. (Der falsche Diakon.) Der vielfach vorbestrafte Konditor Gustav Winter wurde hier festgenommen, weil er Frauenspersonen, die er zu einem Stabe Bier eingeladen hatte, bei dieser Gelegenheit Geldbörsen, Uhr usw. stahl. Er gab sich auch als Diakon aus und verkaufte religiöse Druckschriften. Bei einem Pfarrer stahl er die Kirchenstempel und Quittungsbücher, die er dann mit einem Stempel der Kirchengemeinde versehen hat in der Absicht, damit Betrügereien zu begehen.

Limburg. (In den Brunnen gestürzt.) Der Milchhändler August Schumann in Mensfelden wollte aus seinem neben dem Hause gelegenen Brunnen Wasser zum Pferdetränken holen. Bei dem Versuch, den an den Rändern angefahrenen schweren Brunnendeckel zu heben, kam er mit dem plötzlich sich lösenden Deckel auf dem vereisten Boden ins Rutschen und stürzte in den Brunnen, der vier-einhalb Meter Wasser enthält. Er tauchte zweimal unter und wurde zum Glück von seiner durch die Hilferufe und das Ausschlagen des Brunnendeckels aufmerksam gewordenen Frau aus seiner verzweifelten Lage befreit. Eine Minute später wäre sein Schicksal in dem engen Brunnenschacht besiegelt gewesen.

Hersfeld. (Schwefelsäureattentat einer Eifersüchtigen.) Ein junges Mädchen lauerte abends einem jungen Mann auf und schüttete ihm Schwefelsäure über den Kopf. Der junge Mann trug erhebliche Verletzungen davon, sodas seine Ueberführung in das Krankenhaus erfolgen mußte. Das Mädchen verschwand sofort nach der Tat. Es soll ebenfalls Verletzungen davongetragen haben.

Neuwied. (Von der Anklage der Brandstiftung freigesprochen.) Der frühere Bürgermeister von Brandscheid, Christian Lambog, wurde vom Schwurgericht Neuwied von der Anklage der Brandstiftung freigesprochen, nachdem der Staatsanwalt selbst die Freisprechung beantragt hatte. Die Anklage warf Lambog vor, daß er sein Haus angezündet habe, um seine sehr schlechte wirtschaftliche Lage durch Auszahlung der Versicherungssumme zu verbessern. Der Angeklagte war durch seinen Hausbau und danach eintretende Erwerbslosigkeit in recht hohe Schulden geraten. Auch seine Amtszeit als Bürgermeister des Ortes war gerade am Tage des Brandes abgelaufen. Der Angeklagte bestritt die Tat entschieden. Er war bis wenige Minuten vor Ausbruch des Brandes bei Nachbarn gewesen, wie einwandfrei feststand, und er hatte kurz nach der Heimkehr den Brand bemerkt, worauf er sich sofort an den Rettungsarbeiten beteiligt hatte. Das Gericht hielt den Nachweis nicht für erbracht, daß Brandstiftung vorliege, da auch noch andere Entstehungsursachen nach dem Sachverständigengutachten möglich seien. Zugunsten des Angeklagten spreche sein guter Ruf und seine Persönlichkeit.

Gewinnauszug
5. Klasse 36. Preussisch-Süddeutsche Staats-Lotterie.
Ohne Gewähr Nachdruck verboten

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die rechte und je einer auf die linke Seite in den beiden Abteilungen I und II

1. Siebungstag	9. Februar 1931
In der heutigen Vormittagsziehung wurden Gewinne über 400 M. gezogen	
2 Gewinne zu 50000 M.	196399
12 Gewinne zu 5000 M.	139161 187717 217957 240106 278038 391027
16 Gewinne zu 3000 M.	69862 202356 205717 269268 308463 337202 357077 395883
52 Gewinne zu 2000 M.	5522 76974 110523 165131 182630 171184 205036 213478 224663 226178 236953 240374 250375 266561 302227 314400 314562 317659 323646 339175 340136 341956 344813 357537 367339 378557
112 Gewinne zu 1000 M.	31930 40700 45733 50622 52174 53511 58376 72925 83392 84394 90718 106551 124171 124988 130094 133171 153638 161527 170790 173245 192120 208487 214628 235391 239155 239667 243831 247321 248241 251944 267876 273184 281681 288583 289463 290944 292156 300764 311516 313214 314720 320070 328460 331905 337342 337733 340662 348512 359393 371139 378025 378325 378991 380227 381997 393901
180 Gewinne zu 500 M.	9659 13807 20931 21610 26870 29417 34249 34594 37944 41271 48541 50999 57682 64472 78000 82499 82640 84885 86314 87188 92083 92613 96539 100349 108795 113548 116540 127298 134674 140785 144351 153723 169828 163778 164355 176014 176442 181683 185799 187352 198380 203364 206478 207289 207442 210698 220369 221223 221417 224512 225073 229354 230976 245156 247376 250878 251841 258001 261016 261112 268818 273692 283186 285493 286453 287384 290004 297723 297787 499572 303236 303926 304616 304810 319482 330324 334960 365646 365646 365996 370718 374703 374934 376300 376877 382180 385287 385996 391636 393221
In der heutigen Nachmittagsziehung wurden Gewinne über 400 M. gezogen	
2 Gewinne zu 25000 M.	173123
8 Gewinne zu 10000 M.	83245 127106 203469 30318
20 Gewinne zu 5000 M.	8483 17844 63683 196176 229250 242249 334821 366506 369830 377145
16 Gewinne zu 3000 M.	58333 227423 247450 295894 320928 353592 388000 397231
66 Gewinne zu 2000 M.	3306 12259 20419 31590 38804 49134 69000 79492 80079 103137 137422 137899 140498 150768 165139 170460 176161 176670 186329 202455 225732 240007 259176 261480 265862 268890 299151 302657 306079 346026 378238 393254 398737
96 Gewinne zu 1000 M.	639 3910 7264 10106 14219 22657 39143 46339 48765 61716 66999 68617 137725 142614 149548 154506 159885 166682 177704 179740 182110 188370 189726 189128 188843 192094 235056 236271 237374 237398 238532 247184 251608 274451 279029 293184 293641 294488 298362 306779 313736 314450 316593 317667 330003 372388 377068 395313
194 Gewinne zu 500 M.	3348 3650 12387 14680 16771 23635 26171 28204 32026 37784 39370 40070 48812 54020 65887 66083 68885 77158 77224 78326 88089 103044 103651 107884 117350 131587 132936 135011 144358 152198 155112 159042 160165 161457 163526 165350 165887 166814 167455 170452 173240 179731 189477 190316 195154 195346 207709 214154 215938 216127 216536 218668 226726 229777 234899 235598 236640 238949 247098 249557 253638 263617 265587 265824 267316 274814 275028 281127 286700 293517 295834 297158 307949 308057 317500 319140 324776 332990 334438 339477 343558 344550 348328 350227 362891 392933 396885 397325 378283 378687 379407 379476 380243 381968 388316 389142 399694
Zur Gewinnrate verbleiben: 2 Prämien zu je 500000, 2 Gewinne zu je 50000, 2 zu je 30000, 2 zu je 20000, 4 zu je 10000, 6 zu je 7500, 10 zu je 5000, 28 zu je 2500, 192 zu je 1000, 408 zu je 500, 908 zu je 300, 2882 zu je 200, 6792 zu je 100, 9620 zu je 50, 28996 zu je 400 Mark.	

Denkt an die hungernden Vögel!

Verantwortl. für den redaktionellen Teil: S. Herz, Bad Somburg
Für den Inzeratenteil: Jakob Klüber, Oberurfel
Druck und Verlag: Otto Wagenbreth & Co., Bad Somburg

Darmstadt. (Beim Eislauf verunglückt.) Beim Eislauf auf der Eisbahn hinter dem Großen Woog kam ein älterer Lehrer von hier zu Fall und erlitt einen Oberschenkelbruch. Der Verunglückte kam durch die Rettungswache ins Stadtkrankenhaus.

Darmstadt. (In der Berufung erhöhte Strafe.) Unter der Anklage der Milchfälschung stehen zwei Frauen von Hähnlein. Die Anklage nimmt an, die Milch sei in einem Falle durch 8,6 Teile Wasserzusatz, im anderen durch 29,7 Teile Wasserzusatz vorsätzlich verfälscht worden. Die erste Instanz hat Geldstrafen von 50 und 150 Mark ausgesprochen und Veröffentlichung des Urteils durch Anschlag an der Ortstafel in Hähnlein angeordnet. Die Staatsanwaltschaft hat Berufung wegen des Strafmaßes verfolgt. Beide Angeklagte bestreiten jede Wasserbeimischung ganz energisch. Der Staatsanwalt beantragte gegen die eine Angeklagte eine Geldstrafe von 100 Mark, gegen die andere vier Wochen Gefängnis. Die Kleine Strafkammer erkennt auf höhere Geldstrafen als die erste Instanz und zwar auf 80 Mark und 300 Mark.

Eberstadt. (Photoapparate gestohlen.) Ein Unbekannter verkrümmerte in der Nacht das Schaufenster eines Photohauses und stahl aus den Auslagen ein Agfa Blich Rollfilm Apparat 6 mal 9 Zentimeter, ein Agfa Standard Rollfilmapparat 6 mal 9 Zentimeter Nr. 502/375 605 und ein Agfa Plattenapparat 737/431 677, ohne Kassetten, mit Stativ. Vor Ankauf wird gewarnt. Wer kann über den Täter oder den Verbleib der Apparate Auskunft geben? Mitteilungen an die nächste Polizeistation oder das Landeskriminalamt in Darmstadt.

Groß-Zimmern. (Sachbeschädigung.) 100 Mark Belohnung.) Am 7. Januar 1931 zwischen 20 und 23 Uhr wurde eine im Hofe des Gastwirts Pustmann abgestellte Limousine erheblich beschädigt. Unbekannte rissen sämtliche Radeln des Verteilerkopfes ab, beschädigten den Motor, den Scheibenwischer, zertrümmerten die Scheibe der rechten Laterne, zerschnitten das Verdeck und rissen auch das Schlußlicht und den dazu gehörenden Schlauch ab. Der Gesamtschaden beträgt 390 Mark. Der Geschädigte hat für die Ermittlung der Täter 100 Mark Belohnung ausgesetzt.

Mainz. (Entgleisung von zwei Wagen eines D.-Zuges.) In der Nacht entgleisten von dem Schlafwagenzug D 4 Frankfurt a. M.—Basel bei der Durchfahrt des Bahnhofes Gernsheim der Packwagen und der nachfolgende Schlafwagen. Personen wurden nicht verletzt. D 4 erhielt 150 Minuten Verspätung. Die Ursache der Entgleisung ist noch nicht geklärt.

Mainz. (Gemeinsam in den Tod.) Aus dem Rhein wurden an der Zementfabrik Mainz-Weisenau zwei aneinander gebundene Leichen gelandet. Es handelt sich um einen 27jährigen verheirateten Landwirt aus Geinsheim, Vater von drei Kindern, und ein 23jähriges Mädchen aus Groß-Berau, die seit dem 21. Dezember vermisst wurden.

Bingen. (Vom Zug überfahren.) Im Gleis 2 des Bahnhofes Bingen, in der Nähe der Unterführung, wurde der auf Wanderschaft befindliche Bäckergehilfe Karl Huster, geboren am 11. Januar 1909 in Ober-Ingelheim, mit einer stark blutenden Kopfwunde bewußtlos aufgefunden. Er wurde nach dem Heiliggeist-Hospital geschafft, wo er nach einer Stunde verstarb. — Im Bahnhof Taub wurde nach der Durchfahrt des Personenzuges 1107 auf der Strecke Wiesbaden—Niederlahnstein eine weibliche Leiche aufgefunden. Anscheinend liegt Selbstmord vor. Die Personalien konnten noch nicht festgestellt werden.

Ingelheim. (Zum Mord bei Ingelheim.) Die Ermittlungen in der Morbsache an dem Feldhüter und Polizeidiener Gräbner sind vorläufig zu einem Abschluß gekommen. Der Täter ist mit seinen unter dem Verdacht der Anstiftung stehenden Eltern nach Koblenz überführt worden.

Seeheim. (Gemüsediebe.) In der Nacht drangen unbekannte Täter in einen eingefriedigten Gemüsegarten ein und stahlen verschiedene Gemüse im Werte von 32 M. Wer kann Angaben über die Täter machen? Wo ist das Gemüse abgeholt worden? Mitteilungen werden an die nächste Polizeistation oder an das Landeskriminalamt Darmstadt erbeten.

Buhbach. (Der Fall Schuck geklärt.) Der Fall des hier zu Tode gekommenen Birmaleser Schuhfabrikanten Schuck ist, wie von der Gendarmerie in Erfahrung gebracht werden konnte, so gut wie restlos geklärt. Schuck ist nach den Ermittlungen zweifellos einem Unfall zum Opfer gefallen. Man nimmt an, daß er auf dem fraglichen Straßenabschnitt, der eine große Anzahl von scharfen Kurven aufweist, in einer solchen Kurve gegen die schlecht verschlossene Türe geschleudert wurde, die sich dann löste und den Unfall zur Folge hatte. Die Gerüchte, die von einem Verbrechen gegen Schuck wissen wollten, entbehren nach der Meinung der Untersuchungsbehörden jeder Grundlage, da der Wagen, in dem sich Schuck befand, stark beschet gewesen war.

Neues aus aller Welt.

† Vom Stiefsohn und Schwiegersohn erschlagen. In der Nacht wurde in Papenburg der 56jährige Bäckermeister und Landwirt Wahle von seinem Stiefsohn und seinem Schwiegersohn erschlagen. Nachdem die Familie reichlich dem Alkohol zugesprochen hatte, stürzten sich der Stiefsohn und der Schwiegersohn auf Wahle und erschlugen ihn mit einem Beil.

† 25 Schiffe vom Eis umklammert. Nach Helsinki-Meldungen liegen bei der Insel Hogland im Finnischen Meerbusen 25 Schiffe verschiedener Flaggen in schweren Eisverhältnissen fest und sind bisher vergebens bemüht, sich aus der Umklammerung zu befreien. Wie ausgegangene Funkgespräche berichten, gehen die Kohlen- und Lebensmittelvorräte zu Ende.

† Französische Großweberei eingekassiert. In Thuningen wurde eine Großweberei von einem Feuer vollkommen zerstört. Erst als sämtliche Gebäude buchstäblich unter Asche gesetzt worden waren, gelang es den Brand zu löschen. Der Sachschaden beläuft sich auf über zwei Millionen Franken.

† Die Funkstation des Vatikans. Am Nachmittag des 12. Februar läßt Papst Pius XI. die neue Funkstation des Vatikans eröffnen. Um 16.45 Uhr wird der Papst eine lateinische Ansprache an alle Welt halten, die dann in den wichtigsten Sprachen wiederholt werden wird.

† Japanische Fähre gesunken. Der französische Passagierdampfer „Porhros“ stieß unweit des Hafens von Koblenz mit einer Dampffähre zusammen, die sofort sank. 25 Personen wurden gerettet. Es wird befürchtet, daß 50 Personen ertrunken sind.

† 3 Stallburken und 80 Rennpferde verbrannt. In Daxland vernichtete ein Riesenfeuer die für ein Reittier-erhaltenen Stallungen. Dabei verbrannten drei Stallburken und 80 wertvolle Rennpferde.

Handel und Wirtschaft.

Frankfurter Effektenbörse vom 10. Februar: An der Börse erhielt sich die freundliche Stimmung der gestrigen Abendbörse, wenn sich auch gegen die hohen Vordrücken kurze meist keine Rückgänge ergaben, die aus Vertäufeln der Banken herrührten, um die Aufwärtsbewegung gewissenmaßen etwas abzukümmern. Die Grundtendenz blieb indes weiter fest, da die neuen Abstimmungen im Reichstag in der vergangenen Nacht und die meist festeren Auslandsbörsen anregten. Das Geschäft war ziemlich lebhaft, da schon erwähnten Verkäufen der Banken auch neue Ausdrucks der Spekulation und des Auslandes gegenüberstanden. Gegenüber der gestrigen Abendbörse traten daher überwiegend Besserungen bis zu 1 Prozent ein.

Abrüstung — der Schlüssel der Probleme.

Erklärt Henderson. — Handelt er danach? London, 10. Febr. Auf einer von dem internationalen Frauenbund veranstalteten Abrüstungs-Rundgebung, sprach Außenminister Henderson. Er malte in eindringlichen Worten die Schrecken eines neuen Krieges aus und erklärte zur Abrüstungsfrage:

Jeder wünscht, daß England, sowie auch jedes andere Mitglied des Völkerbundes sich rechtlich und moralisch zur Abrüstung verpflichtet haben. Der Vertrag, der dieses heilige Versprechen enthalte, sei derselbe, durch den die Abrüstung anderer Nationen erzwungen worden sei.

Jeder wünscht, daß die gegenwärtige Lage der Dinge nicht bis in alle Ewigkeit dauern könnte. Er als der Außenminister einer Großmacht erkläre, daß der Schlüssel zu einer Lösung der Probleme des heutigen Europa nur in der Abrüstung zu finden sei.

Ämliche Bekanntmachung.

Das Ortsamt zu der neu zu erlassenden Polizeiverordnung betr. Bau- und Betrieb von Grundstücksentwässerungsanlagen in Bad Homburg v. d. S. liegt gemäß § 13 der Städteordnung für die Provinz Hessen-Nassau vom 4. 8. 1897 im Rathhaus, Zimmer 2a, während der Dienststunden zu jedermanns Einsicht offen. Einsprüche gegen das Ortsamt sind binnen 2 Wochen — vom Tage der Bekanntmachung an — schriftlich einzulegen.

Bad Homburg v. d. S., den 11. Februar 1931.
Der Magistrat.

Gonzenheim.

Bekanntmachungen.

In der Gemeinde Heldenbergen, Kreis Friedberg, ist die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen. Die Zufahrtsstraße zum Bahnhof und das Bahnhofsgelände wurden zum Sperrbezirk, Ort und Gemarkung zum Beobachtungsgelände erklärt.

Gonzenheim, den 5. Februar 1931.

Die Polizei-Verwaltung.

Betr. Auszahlung der Sozial- und Kleinrentner pp.

Die Auszahlung der Sozial- und Kleinrentner pp. findet am Montag, dem 16. Februar vormittags von 10—12 Uhr auf der Gemeindekasse statt.

Gonzenheim, den 9. Februar 1931.

Die Gemeindekasse.

Die Steuerpflichtigen werden hiermit darauf aufmerksam gemacht, daß der Rebertermin der Februarrollen der Grundvermögens- und Hauszinssteuer pp. vom 1. bis 15. III.

Säumige Zahler, die während dieser Zeit ihrer Zahlungspflicht nicht nachkommen, haben Mahnung und Zwangsbetreibung zu erwarten.

Gonzenheim, den 9. Februar 1931.

Die Gemeindekasse.

Einfamilien-Haus

oder 5-Zimmer-Wohnung nebst Zubehör sofort zu mieten gesucht. Angebote mit Fest-Mietpreis an die Geschäftsstelle unter N 778

Lehrling oder Mädchen

für Büro und Geschäft sofort od. später gesucht. Gute Schulkenntnisse u. schöne Handschrift sind Bedingung. — Offerten befördert die Geschäftsstelle d. Zeitung unter Nr. 750 „Lehrling“.

Badenlokal

m. 4-6-Zimmer-Wohnung und möglichst auch mit großer, heller Werkstatt, baldigt zu mieten gesucht. Schriftliche Angebote unter N. 350 mit äußerstem Preis befördert d. Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Gartengrundstück

□ 1700 zu verpachten. Gonzenheim, Homburg, Baden

Preis-Abbau

Margarine billiger!

Haushalt-Margarine Pfd. nur 42.-

Prima Margarine Pfd. nur 55.-

Kokosfett Tafel jetzt nur 40.-

Moenol Tafel jetzt nur 50.-

Feines-Kreppel-Mehl

Magnet-Mehl doppelt gelockert u. gefiebt, Pfund 32.-

Auszugs-Mehl, feinstes Pfd. 30.-

Blüten-Mehl, feines Pfd. 25.-

SCHADE & FÜLLGRABE

BAD HOMBURG.

und 5% Rückvergütung!

Großer Preisabschlag der Omnibuslinie Bad Homburg—Friedrichsdorf—Köppern

Ab 1. Februar beträgt der Fahrpreis:

von Friedrichsdorf nach Bad Homburg	40.-	} oder umgekehrt.
„ Köppern „ „	60.-	
„ Anstalt Köppern „ „	80.-	

Obengenannter Fahrpreis ermäßigt sich noch um ca. 17% bei Abnahme von Fahrtscheinheften. Die Fahrtscheinhefte enthalten 12 Fahrtscheine zum Preise von 10 Fahrten und können in jeder beliebigen Zeit abgefahren werden. Die Fahrtscheinhefte sind für jede Teilstrecke bei dem Wagenführer zu haben.

Bei Benutzung von Fahrtscheinheften beträgt d. Einzelfahrt:

von Bad Homburg nach Airdorf	statt 20.-	16,6.-
„ „ „ „ Waldfriedhof	30.-	25.-
„ „ „ „ Friedrichsdorf	40.-	33,3.-
„ „ „ „ Köppern	60.-	50.-
„ „ „ „ Köpp. Anstalt	80.-	66,6.-

Joh. Röder u. Söhne, Köppern

Auf Rodelschlitten und Schlittschuhe 20 Prozent Rabatt

Martin Reinach

Eisenhandlung Luisenstraße 18

HANDGEWEBE AUSSTELLUNG

In der JUGENDHERBERGE
Melerberg 1 — täglich von 11 bis 1 u. 3 bis 8 Uhr
Eintritt frei!



Ihr Schicksal 1931

Wissenschaftl. Charakterdeutung. Geburtsdatum angeben. Probedeut. umsonst. Rückporto erbeten. Kosmolog Deutschenbauer Hamburg 5, Danzigerstraße 2

Drucksachen aller Art



liefern prompt und sauber



die Homburger

Neueste Nachrichten

Brockhaus Konversations-Lexikon

Aufbau-Ausgabe, mit Kopfgoldschnitt und Goldprägung, Halblederband, 17 Bände, komplett, wie neu, eine Perle für jeden Bücherfreund, verkauft gegen Gebot. — Angebote sind unter N 777 an die Geschäftsstelle zu richten.

Schreibmaschine

mit Universal-Tastatur, wenig gebraucht, gut erhalten, für 145.— Amt. zu verkaufen. Evtl. wird Ratenzahlung eingeräumt. Wo, sagt die Geschäftsstelle.

Kammerjäger MARUN

ist in Homburg u. Umgebung und verlißt Ratten, Mäuse, Schwaben, Wanzen usw. nach neuestem Verfahren. Garantie auf ein Jahr. Offerten an die Geschäftsstelle, J. Bl.

Das Rassenproblem.

Von Dr. W. Dennert.

Rassenkunde ist heute an der Tagesordnung. Aber ist noch nicht so sehr lang her, daß man unter „Rassen“ recht unwahrscheinliche und allzu ungenau umrissene Dinge verstand. Die Rassenunterschiede wurden viel zu grob gefaßt: Neger und Weiße, oder auch nicht viel besser: Germanen und Semiten usw. Aber das sind alles keine Rassen, sondern selbst wieder sehr unzusammengesetzte Gemische von solchen. Die Völker und Nationen nun gar haben überhaupt nichts mit Rassenähnlichkeit zu tun, auch sie sind rassistisch höchst mannigfaltig zusammengesetzte Gruppen. So ist z. B. das deutsche Volk zusammengesetzt aus recht verschiedenen Rassenanteilen.

Aber wie eng ist der Begriff der Rasse zu beengen? Ein Blick auf die Tierzucht zeigt das. Eine Hund- oder eine Taubenrasse ist eine derartige Gruppe von Tieren oder Tauben, die in einer großen Anzahl von Merkmalen übereinstimmen, und die immer wieder nur Nachkommen gleicher Beschaffenheit erzeugen. Der Nachsatz ist wesentlich dabei, denn wenn Angehörige einer Rasse miteinander Nachkommen erzeugen, die von ihnen abweichen, so beweist das, daß rassenfremde Erbteile in dieser „Rasse“ vorhanden sind. Dieser Fall liegt aber naturgemäß beim Menschen fast überall vor. Die Rassen, die die europäischen Völker zusammensetzen, sind alle weitgehend durcheinandergemischt, und nur an manchen Stellen verhältnismäßig rein erhalten.

Die nordische Rasse z. B. (schlank, blond, blauäugig) findet sich noch am reinsten im Norden Europas, in Skandinavien, England, Norddeutschland; als Beispiel dieser Rasse sei z. B. Otto Gebühr, der bekannte Fredericus-Darsteller genannt. (Es sei aber bemerkt, daß die hier genannten Beispiele auch andersartige Merkmale zeigen, weil absolute Reingröße heute in der Kulturwelt unmöglich ist.)

Ebenfalls vorwiegend nördlich sind die Verbreitungsgebiete der sialischen Rasse (breit, blond, blauäugig; z. B. Hindenburg, Madensen), die daher auch stark mit der nordischen vermischt ist. Mehr im Nordosten haben wir die ostbaltische Rasse (unterleht, breitgesichtig, hell, blauäugig, z. B. Stresemann) zu suchen. Am Fuß der Alpen, in Deutschland in Bayern, Baden und stellenweise weiter nördlich finden wir eine dunkelhaarige, braunäugige Rasse von unterlehtem, rundlichem Körperbau: die ostliche Rasse (z. B. Justinius Kerner). Und — um die wichtigsten, heute unterschiedenen Rassen Mitteleuropas alle aufzuzählen — in den Alpen, vor allem in den östlichen Oberbayern, Tirol usw.) begegnen wir den schneigen Defregertypen der dinarischen Rasse (groß, schlank, dunkelhaarig und braunäugig; z. B. der Bergführer Louis Trenker). Jenseits der Alpen kommen wir dann in das Hauptgebiet der Rasse, die wohl vorwiegend das darstellt, was man früher als „romanischen“ Typ bezeichnete, also die kleinen, zierlich beweglichen Menschen der Mittelmeerländer, die sog. westliche oder mittelländische Rasse (dunkelhaarig, braunäugig, z. B. Abd. Menjou oder weniger zierlich Buccini).

Außer diesen fünf Rassen haben auch noch einige andere Anteil an der Zusammensetzung der Bevölkerung Mitteleuropas, doch treten sie gegenüber jenen sehr zurück. Die Mengen, in denen diese Rassen sich nun in den verschiedenen Völkern mischen, sind verschieden und lassen sich annähernd aus den kurzen Angaben über die Hauptverbreitungsgebiete der Rassen in Europa schließen. In England und den skandinavischen Ländern ist der „Prozentgehalt“ an nordischer Rasse sehr hoch, in Deutschland weit weniger mit 40—50 Prozent, da hier ja noch die vier an-

deren Rassen verschieden stark vertreten sind, vor allem die ostliche und dinarische, dann auch die sialische und ostbaltische in nicht unerheblichem Grade, während die westliche Rasse bei uns nur wenig vertreten ist, die in Frankreich im Süden des Landes stark zunimmt, in den nördlichen Gebieten aber ebenfalls einem sehr starken nordischen Rassenanteil weichen muß.

Geographische Verhältnisse haben lange Zeit hindurch mehr oder weniger wirksam verschiedene Rassen voneinander ferngehalten. Aber auch schon in früheren Jahrhunderten haben starke Rassenverschiebungen, „Völkerwanderungen“ stattgefunden, die dann oft Mischungen verschiedenartiger Rassen im Gefolge hatten. Das Zeitalter der Technik und des Weltverkehrs hat die Schranken zwischen den Rassen mehr und mehr niedergelegt. Das Problem der Rassenmischung wird dadurch immer dringlicher. Es ist aber ein weitverbreiteter Irrtum, daß die Rassenmischung an und für sich schädlich sei. Im Gegenteil kann durch Vermischung an sich tüchtiger und einander gut ergänzender Rassen eine Mischrasse von ganz besonders geeigneter Tüchtigkeit entstehen. Die Geschichte hat Beispiele dieser Art genug, und auch für die Rassenmische in Europa lassen sich ähnliche Erscheinungen beobachten. So hat Kretschmer nachgewiesen, daß die Mischung zwischen nordischer und östlicher Rasse ganz besonders wertvolle Veranlagung ergeben kann, was sich z. B. in Deutschland darin zeigt, daß in den Grenzgebieten dieser beiden Rassen die meisten hervorragenden Persönlichkeiten geboren wurden.

Welche Rassenmischungen günstig und welche schädlich sind ist aber eine im voraus schwer zu beantwortende Frage. Nur wo es sich um trasse Unterschiede und einander sehr fernstehende Rassen handelt, dürfte ein ungünstiges Resultat sicher sein. (Vgl. die Mischbevölkerung Mittelamerikas.) So ist denn das Rassenproblem ganz besonders schwerwiegend heute im Hinblick auf die Kolonisation weißer Kulturvölker unter Negern und uns ähnlich fernstehenden Naturvölkern.

Berufsnot der jungen Generation.

„Beruf“ kommt von berufen sein, berufen werden. Man wird einem jungen Menschen, der sagt: Ich will das und das werden, weil ich es werden muß! nicht wohl sagen können: du darfst das nicht werden, denn die Aussichten in diesem Berufe sind schlecht. Man soll bei allen den Räten, in denen wir stehen und die gegenwärtig gewiß eine furchtbare Tiefe erreicht haben, nicht vergessen, daß alle Zeitalter ihre Rotabschnitte gehabt haben und daß auf fette magere Jahre folgen. Niemand kann sagen:

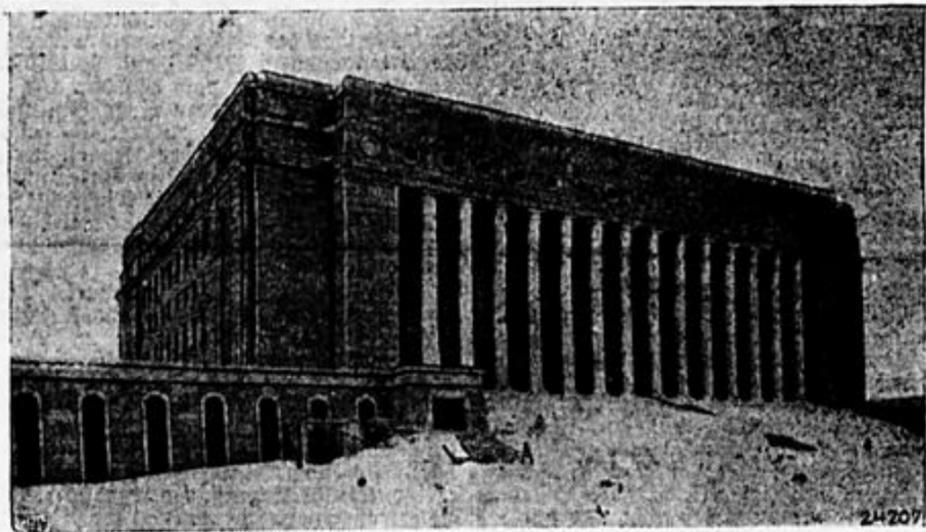
wenn die jungen Leute, die zu Ostern die Schule verlassen, ihre Lehr- oder sonstige Fortbildungstätigkeit beendet haben, werden die Verhältnisse in unserer Vaterlande noch so trübe sein wie jetzt. Daß der Tüchtige nach wie vor seinen Weg machen wird, auch in schwerer Zeit, braucht nicht erst dargelegt zu werden. Nur ganz kurz sei in diesem Zusammenhang die Rede davon, daß seit einigen Jahren das Berechtigungswesen eine unheilvolle Ueberspannung erfahren hat, daß z. B. von Friseur- und Kochlehrlingen das — Abiturium gefordert worden ist. Das heißt denn doch, die Berufstätigkeit mit einer in diesem Falle völlig überspannten Vorbildungsforderung gleichsetzen wollen. Man kann einem jungen Menschen, der sein ganzes Herz an dieses oder jenes Fach hängt hat, auf die Dauer nicht verwehren sich ihm zuzuwenden. Der natürliche Abgang in allen Berufen wird immer wieder einen gewissen Zugang erfordern. Es kommt sicher bei allen auf die Tauglichkeit und die Tüchtigkeit an. Das muß freilich allen Eltern und ihren Söhnen und Töchtern nachdrücklich gesagt werden, daß an das Maß der Tauglichkeit und Tüchtigkeit heute Arbeitgeber aller Art erheblich höhere Ansprüche stellen als früher. Den vielen Abiturienten und Abiturientinnen, die sich vorgenommen haben, auf die Hochschulen zu gehen, „weil man ja später immer noch weiter sehen könne“, muß geraten werden, sich das nochmals gründlich zu überlegen. Die Hochschule ist kein Ausweg aus den Verlegenheiten rechtzeitiger Berufswahl. Das geistige Proletariat aber ist jammervoll groß. Auf die Hochschule gehört, wer sich ernsthaft der Wissenschaft verschreiben will; auch wer nicht studiert hat, kann Gutes und Hohes erreichen. Er muß nur Glück haben. Glück auf die Dauer hat aber nur der Tüchtige.

In Polen einft und jetzt.

Die älteste deutsche Bürgerbücherei in Polen aufgeschl.

Als die polnischen Gutsbesitzer zu Beginn des 19. Jahrhunderts deutsche Handwerker ins Land riefen, daß sie ihnen durch Gründung von Städten den bis dahin fast wertlosen Grund und Boden nutzbar machten, da brachten diese die deutsche Bibel und das deutsche Gesangbuch mit. Außerdem aber auch die Liebe zu den alten deutschen Bräuchen und Sitten der Heimat. Bibel und Gesangbuch sind in den Häusern der Nachkommen jener Weber und Tuchmacher bis auf den heutigen Tag zu finden, so mancher Brauch der Väter jedoch ist vergessen worden.

Überall, wo die deutschen Handwerker sich in größerer Anzahl niederließen, riefen sie alsbald eine



Finnlands neues Parlament eröffnet.

In Helsinki wurde mit der Eröffnung der Reichstagstagung auch das neue imposante Parlamentsgebäude feierl. eingeweiht

Liebe macht demütig

ROMAN VON JOHANN LOHR
Copyright by Martin Feuchtwanger, Halle (Saale)

Frau von Döming wurde jetzt abgerufen und erschien mit einer Krankenschwester, die Eugenie aus Interlaken hergebeiten hatte. Dietrich war nicht angenehm überrascht, wollte sich auch dagegen auflehnen. Als er jedoch vernahm, daß Eugenie sich um die Schwester bemüht hatte, da schwieg er.

In der folgenden Nacht, in der Schwester Luise bei ihm am Bett saß, schlief er, ohne zu erwachen bis zum anderen Morgen, und die Schwester schien stolz darauf zu sein.

Die Genesung ging wirklich schnell vor sich, der Patient bekam kräftigende Nahrung. Der Magen war gesund, und acht Tage später konnte er mit Frau von Döming das Hotel verlassen und nach Villa „Heimat“ übersiedeln.

Dort fühlte er sich täglich wohler. Seine alte Freundin umgab ihn mit mütterlicher Liebe, und er durfte sich täglich im Garten ergehen, wenn es das Wetter einigermassen zuließ. Trotzdem war er innerlich unruhig und zählte die Tage bis zur Abreise; es zog ihn zurück in seinen Beruf.

Dieser schwere Druck, der ihm oft die Brust beengte, mußte wieder verschwinden, und nur die Arbeit konnte ihn davon befreien.

Frau von Döming ahnte, was er erlebte. Manchmal tauchte der Gedanke auf, daß etwas zwischen den beiden ihr liebsten Menschen passiert sein müßte; doch konnte sie sich kein klares Bild darüber machen, was es sein könnte. Als Dietrich endgültig über seine Abreise mit ihr sprach, war sie anfänglich traurig. Nur die Hoffnung, daß sie Dietrich bald wiedersehen würde, ermutigte sie.

Sie war nun wieder allein in ihren großen Zimmern. Das Haus beherbergte nur sie und ihr altes treues

Mädchen, das Freud' und Leid seit zwanzig Jahren mit ihr geteilt. Sie hatte wieder Zeit, sich lieben Erinnerungen hinzugeben, und zu den Toten, die immer um sie waren, gefiel sich noch zwei Lebende, denen ihre Gedanken gehörten.

Von Eugenie hatte sie noch immer keine Nachricht; sie wußte nicht, wo sie sich aufhielt. War sie noch unterwegs oder nach Berlin zurückgekehrt? Warum schrieb sie nicht wenigstens eine Karte?

Endlich nach acht Tagen tauchte der alte Briefträger mit zwei Briefen auf. Beide mit dem Stempel: „Berlin.“

Dietrich schrieb eilig, aber herzlich, daß er nun wieder in seinem Berufe sei und in wenigen Tagen eine große Reise antreten würde, von der er wohl kaum vor dem Weihnachtsfeste zurückkehrte.

Der zweite Brief von Eugenie war für Frau von Döming ein großes freudiges Ereignis. Sie sagte nicht, warum sie solange geögert, doch Frau von Döming las zwischen den Zeilen, daß sie wohl, solange Herr von Waldungen Villa „Heimat“ bewohnte, nicht hatte schreiben wollen. Eugenie war in ihrer letzten Ausdrucksweise nicht wiederzuerkennen. Wie ihre äußere Erscheinung, war auch ihr Inneres vollständig verändert; und die Wärme, die der Brief ausstrahlte, überraschte die alte Freundin derart, daß sie den Blick nicht von den Zeilen lassen konnte. So herzlich war diese Sprache. Frau von Döming sah ihren Liebling greifbar vor sich, und als zum Schluß die Einladung kam, zum Weihnachtsfest unbedingt ihr einziger, lieber Gast zu sein, da nickte sie selbst vor sich hin: „Ja, ja, meine Eugenie, das wird gemacht; noch länger halte ich es ja gar nicht aus — ich komme.“

Eugenie war nun mit Esfriede seit sechs Wochen wieder in ihrer wundervollen Villa. Sie war nicht mehr so vereinsamt. Was von Esfriede erhofft, war eingetroffen. Sie hatte eine treue Stütze im Haushalt und gleichzeitig eine Kameradin gewonnen, mit der sie sich wie mit einer Freundin unterhalten konnte.

Trotz alledem empfand sie oft eine Leere, die nicht weichen wollte. Auch Esfriede konnte ihr da nicht helfen, denn so weit ging die Vertraulichkeit zwischen den beiden nicht, daß Esfriede in ihr Herz blicken durfte. Was Eugenie erlebt hatte, war eingespart in einen Schrein, den sie selbst nicht öffnete. Es lag so viel darin, was sie zu berühren fürchtete. Wenn die Gedanken allzusehr rebellisch wurden, dann flüchtete sie zu ihrem Flügel. Dort war sie sicher, sich nicht vor Menschen zu verraten, und konnte doch ihre Empfindungen in die selbst komponierten Werke legen, die unter ihren Händen meisterhaft erklangen.

Auch hier hatte Esfriede Zutritt. Sie sah selbstvergessen in einer Ecke des Nebentraumes und lauschte den wunderbaren Melodien. Sie fühlte eine ungestillte Sehnsucht durch die Töne quellen und sah schmerzlich vor sich nieder.

Was machte es sein, daß ihre Herrin so tief bedrückte? Der Tod des Vaters allein war es nicht, denn Fräulein Eppen erzählte so viel von ihm. Er war eigentlich fast immer bei ihr, und sie konnte oft glücklich von ihm reden.

Es mußte etwas anderes sein, das sie nicht berühren mochte. Bei ihrer Musik trat es in Erscheinung, es lebte in ihrem Herzen. Für alle anderen Menschen mußte es totgeschwiegen sein, sonst würde sie Esfriede doch schon längst eine Andeutung gemacht haben.

Das junge Mädchen ging hinaus. Gleich darauf erschienen sie und brachte einige Briefe für ihr Fräulein, die Eugenie gleichgültig zur Seite schob. Sie hatte Beethovens Sonaten vor sich aufgeschlagen und wollte eben beginnen, als sie einen Blick auf die eingegangene Post warf.

Sie suchte zusammen, die Hände glitten von den Tasten. Sie schien förmlich zu erstarren, und ein Ausdruck der Angst trat in ihr Gesicht, wie ihn Esfriede noch nicht gesehen.

Langsam erhob sie sich, schleppend bewegte sie sich zu dem Tischchen und nahm den Brief, der den Poststempel „Dresden“ trug. Sie sah auf Esfriede. Ein Blick, und sie raffte sich zusammen, sie war wieder Eugenie Eppen.

(Fortsetzung folgt.)

Bürgererschließung ins Leben. Die meisten von ihnen sind ein Opfer der neuen Zeit in Polen geworden: die neue Verwaltung hat sie nicht genehmigt. Man scheint in Warschau Angst zu haben vor den harmlosen Stützen der deutschen Familienväter.

Die älteste Bürgererschließung in Polen war die zu Zdunsta Wola. Diese wurde offiziell im Jahre 1820 gegründet, obwohl das erste Schützenfest schon 1818 stattgefunden hatte. Bereits in der Gründungsurkunde der Stadt — diese wurde 1816 ins Leben gerufen — ist der Gilde Erwähnung getan. Im Artikel 19 heißt es: „Hiermit gestatten wir, daß in der Stadt Zdunsta Wola eine Bürgererschließung gegründet wird. Der Besitzer der Stadt wird dieser Gilde jährlich 240 Gulden auszahlen. Dem Bürger, der den Rang eines „Königs“ im Schießen nach der Scheibe erwirbt, sind aus dem im Artikel 4 dieser Urkunde erwähnten Steuer jährlich 19 Gulden zu verabsolgen. Der erste Schuß gebührt dem Besitzer der Stadt.“

Trotz wiederholter Vorstellungen im Innenministerium, die Satzungen der Schützen zu genehmigen, untersagte dieses endgültig am 3. Dezember 1930 die Tätigkeit der Zdunsta Wolaer Bürgererschließung. Infolgedessen schritten die noch lebenden Mitglieder der Gilde, 26 an der Zahl, am 6. Januar 1931 zur Auflösung derselben. Das Eigentum der Gilde wurde dem evangelischen Frauenverein übergeben. Dem Kommandanten Karl Klause, der dieses Amt seit 25 Jahren bekleidete, wurde der Dank der Versammelten ausgesprochen. Es wurde mit großem Bedauern zur Kenntnis genommen, daß die Regierung keine Möglichkeit zur Bestätigung der Gilde sah, obwohl diese während ihres 110jährigen Bestehens niemals bestraft worden ist und ihr auch heute nur unbefohlene Bürger der Stadt angehörten.

Bezeichnend für den gewaltigen Unterschied in der Bewertung der Bürgererschließung zwischen einst und jetzt ist die Tatsache, daß der Gründer der Stadt, Graf Klotnicki, der Gilde den Schießplatz testamentarisch vermacht. Zu Lebzeiten hatte er der Gilde wiederholt Geldgeschenke gemacht. In dem Besitz der Gilde befand sich bis zuletzt ein Schreiben des Grafen, das dieser gelegentlich der Rückgabe des von ihm im Vorjahr erlangenen Königsbandes an die Gilde richtete, und in welchem er in deutscher Sprache schrieb: „Schützenbrüder! Die Andenken-Zeichen der gewesenen Ältesten (Könige), 14 Stück an der Zahl, welche mir vor einem Jahre anvertraut wurden, gebe ich hiermit zurück und bitte zu einem ähnlichen Andenken meiner Brüderchaft und Ältestenzeit 1000 Gulden, welche auf dem Haupte Nr. — in der — Straße belegen, versichert sind, von mir annehmen zu wollen. Meinen Nachfolger, der bei dem gegenwärtigen Feste durch den besten Schuß erkannt wird, beschenke ich in barem Gelde mit 600 Gulden zur eigenen Verwendung. Zugleich wünsche ich Euch, Brüder, daß Ihr in allen Euren Unternehmungen — Mühe und Fleiß, Eintracht und Einigkeit zu Grunde nehmen wollt.“

Zdunsta Wola, 1. Juni 1846.

Stefan Klotnicki.“

So ändern sich die Zeiten in Polen. WJ.

Welt und Wissen.

Feuerschutz auf der „Grünen Woche“.

In Deutschland gehen alljährlich Sachwerte in Höhe von 400 Millionen Mark durch Feuerschäden verloren, viele Hunderte von Menschen verlieren durch Brände ihr Leben und viele Tausende erleiden durch Brände Schaden an ihrer Gesundheit. Ein großer Teil aller Brände entsteht durch Unvorsichtigkeit und Sorglosigkeit, fehlerhafte elektrische Anlagen, unvorschriftsmäßige Feuerungs- und Steinanlagen, Explosion und Selbstentzündung, Rauchen an verbotenen Orten, Brandstiftungen, Blitzschlag usw. Die Feuerpolizei der Provinz Brandenburg hat nicht nur durch ihre neueröffnete Feuerschutzausstellung in der Potsdamer Straße 118a, sondern auch in der Halle I der „Grünen Woche“ der Allgemeinheit unter besonderer Berücksichtigung der jeweiligen Verhältnisse im volkswirtschaftlichen Interesse nützliche Hinweise über die Entstehung, Vorbeugung und Bekämpfung von Feuerschäden gegeben.



„Sonny Boy“ im Apothekerladen.

Der Bruder des durch den Tonfilm „Sonny Boy“ weltberühmt gewordenen Sängers Al Jolson, George Jolson, der Apotheker von Beruf ist, zeigt gleichfalls erstaunliches Gesangstalent, so daß er wohl in die Fußstapfen seines Bruders treten wird.



Karneval in Cannes.

Der „Wagen der Neuigkeiten“ im Festzug, den die an der französischen Riviera gelegene Stadt Cannes veranstaltete.

Die Wirtschaftswoche.

Nach den Berichten der preussischen Handelskammern für den Monat Januar zeigte die wirtschaftliche Lage noch keinerlei Ansätze zu einer Besserung. Die Arbeitslosigkeit hat weiter zugenommen, desgleichen Stilllegungen und Zahlungseinstellungen. Weber die internationale Wirtschaftslage, noch die Lage auf den Kreditmärkten der Welt lasse auf eine schnelle Ueberwindung der Krise schließen.

Die D-D-Bank führt in ihrem Bericht aus, daß die internationale Industrieerzeugung auf einem Tiefstand angelangt sei, der kaum noch unterschritten werden könne. Die Größe des künstlich gestauten, also latent vorhandenen Bedarfs vertrage keine Steigerung mehr, sie werde sich in dem Augenblick als kräftiger Impuls erweisen, in dem die sonstigen Voraussetzungen für eine Konjunkturwende gegeben seien.

Das Institut für Konjunkturforschung meint, die Geschäftslage des Einzelhandels werde in den nächsten Monaten dadurch entscheidend beeinflusst werden, daß auf der einen Seite nach wie vor alle Momente wirksam sein würden, die zu einer Senkung des Einkommens führten, während andererseits bei den Konsumenten in den Ausgaben der Bedarf, der unbedingt befriedigt werden muß, in den Vordergrund rücke. Noch mehr als jetzt werde sich die Nachfrage auf die billigen Preislagen konzentrieren, vor allem, wenn es nicht gelinge, die Preise der bisher geführten Qualitäten weiter zu ermäßigen.

Das Institut ist überhaupt pessimistisch. Die Auffassung, daß die aktive Handelsbilanz Zeichen fortschreitender Gesundung sei, hält es nur für z. T. richtig — sie sei zunächst nur ein Krisensymptom. Selbst ein andauernder Aktivsaldo des Warenhandels von über zwei Milliarden und eine Verbesserung des Saldos aus den Dienstleistungen um eine Milliarde dürften kaum zu einem Ausgleich der Gesamtbilanz führen. Es böten sich noch keineswegs Aussichten für eine allgemeine Konsolidierung der Kreditbeziehungen, wie sie nach früheren Erfahrungen einer allgemeinen Konjunkturbelebung voranzugehen pflege.

Die Anspannung des Geldmarktes zum Januarultimo war beträchtlich, obwohl sich die Devisenabflüsse verlangsamt haben. Die Wechselkursveränderungen bei der Reichsbank waren fast so stark wie in Zeiten der Hochkonjunktur, auch mußte das Reich wieder den Betriebskredit bei der Reichsbank in Anspruch nehmen. Die neue französische Regierung hat der Bevorschussung von Reichsbahnvorzugsaktien durch französische Banken zugestimmt; die dafür verlangte Hinterlegung von Dreimonatsaktzepten des Reiches würde allerdings bedenklich sein, da man mit der Prolongation nie fest rechnen kann.

Die Aussichten auf eine Konsolidierung der innerpolitischen Verhältnisse haben sich durch Kompromiß mit der DVB. verbessert — die Börse reagierte bereits mit einer Haufe, die allerdings nur vorübergehend sein dürfte, da Staatsschwierigkeiten nicht ausbleiben können, neu auftauchende Subventionswünsche Sorgen bereiten und sich die Gegensätze zur Grünen Front eher verschärft haben. Daß Hoffnungen auf die Lösung des Arbeitslosenproblems zu setzen sind, wagt auch noch niemand zu behaupten.

Das ist Catos Wert.

Was von dem alten Karthago übrig geblieben ist.

Karthada, die alte Hauptstadt des karthagischen Staates, ist vom Erdboden verschwunden. Unter den vielen archaischen Reliquien, die über die Mittelmeerländer verstreut sind, dürften die der ursprünglichen Metropole des karthagischen Staates die dürftigsten sein. Sie bringen uns nur zum Bewußtsein, wie gründlich die Römer das ceterum censeo des Cato, daß Karthago zerstört werden müsse, in die Tat umgesetzt haben. Weber die nackten Düggelketten streicht der Wind, die Wellen des Meeres brechen sich an einem öden Strand, und die paar über den Boden verstreuten Trümmerstücke sehen aus wie die Haufen von Schutt, denen man in dem Gelände an der Peripherie der Großstädte begegnet.

„Als ich in der Frühe“, schreibt ein Mitarbeiter der „Stampa“, den Fluß der von Tunis nach Marsa führenden elektrischen Bahn bestieg, war es klar und windig. Die Sicht war tadellos und die Enttäuschung deshalb um so größer. Beim Verlassen des Juges in Marsa, einer kleinen schmucken und stillen Station, sah ich mich von einem halben Dutzend Araber und Malteser umringt, die mir

ihre Dienste mit der landläufigen Jubringlichkeit anpriesen. Sie versicherten mir, daß sich die „wundervollen“ Ruinen Karthagos über 8 Kilometer erstreckten und daß ich das, halb unbedingt einen Wagen brauchte. Dieser war aus dem Kutscher auf dem Hof und dem Führer im Fonds bereits zur Stelle, und die Aussicht einer Spaziersfahrt in der frischen, erquickenden Luft, die die mit mir gekommenen Engländer gar nicht lockte, ließ mich den auf mich einströmenden Angeboten ein williges Ohr leihen. Unter lustigem Peitschenknall des zufriedenen Kutschers ging es im Galopp die zu Tal führende Straße hinunter. Alle Augenblicke wandte sich der geschwähliche Cicero an mich mit einem Schwall von Worten, die ich nicht verstand, über die ich aber mit zustimmendem Kopfnicken quittierte. Vor jedem armseligen Säulenstumpf hielt das Gefährt, und der Führer forderte mich auf, abzusteigen und das Trümmerfeld zu bewundern. „Galle“, „Ghur“, „Chiefa“, schrie er, um mir begreiflich zu machen, daß an der Stelle, wo jetzt die verstümmelte Säule lag, einmal ein Tempel, man weiß nicht, ob karthagischer oder römischer Ursprungs, gestanden hatte.

Nach einer Minute schweigenden Schauens fuhrn wir weiter, um unverzüglich vor einer anderen Säule wieder haltzumachen. Kutscher und Führer machten verzweifelte Anstrengungen, um sich zu einem Höhepunkt stauenden Ueberchwangs vor jedem Wunderwerk zu begeistern, das sie zum ersten Mal zu Gesicht zu bekommen schienen. So sah ich auf einer kurzen, flüchtigen Umfahrt, die gerade ein Viertelstündchen dauerte, alle Ruinen dieses Bodens, auf dem sich einmal eine der mächtigsten Metropolen der Welt erhoben hatte, einschließlich eines in Eisenbeton restaurierten Amphitheaters mit einer Galerie, wo einst nach der Versicherung meines Cicero die Löwen untergebracht waren, die in Erwartung, ein paar Gefangene zum Frühstück zu erhalten, sich die Zwischenzeit mit Gebrüll vertrieben. Nachdem ich im Wagen nach dem Ausgangspunkt der Partie zurückgekehrt war und meine Gefährten entlassen hatte, sah ich mich von 5 arabischen Jungen umringelt. Mit vielen Gesten und einem großen Aufwand an Beredsamkeit boten sie mir einige kleine Münzen an, die sie zufällig gerade tags zuvor beim Graben auf der Trümmerstätte gefunden hatten. Sie bekräftigten und beschworen die Wahrheit ihrer Aussagen, indem sie sich mit den Fäusten kräftig die kleine Brust bearbeiteten. Da ich mich aber ganz und gar abgeneigt zeigte, die kostbaren Funde zu erwerben, hielten sie mich schließlich, ihnen wenigstens einige italienische Zigaretten zu verehren, die sie, behaglich sich in der Sonne räkelnd, mit großem Wohlbehagen schmauchten. Sie versuchten dann ihr Glück bei den Engländern, die sich faulfreudiger zeigten. Aber die kleinen Zigarettenraucher trugen mir meine Weigerung nicht weiter nach, sondern überreichten mir nach kurzer Beratung als Gegenangebot eine der kleinen Münzen, für die sie einen Augenblick vorher nicht weniger als 30 Franken gefordert hatten.

Mäßig befriedigt von dem Erinnerungsbild, das die instruktive Wagenfahrt vor meinem geistigen Auge beschworen hatte, bestieg ich wieder den Zug nach Marsa. Es ist das ein reizvoller Platz mit Villen, Luxushotels und einem feinsandigen Strand.

Die Geißel Württembergs

Finanzkünste der „guten alten Zeit“.

Wenn die Not der Zeit heute geblöckerisch dazu zwingt, in der Erschließung neuer Steuerquellen die ultima ratio der Finanzkunst zu sehen, so kann man auch der so sehr gepriesenen guten alten Zeit nicht nachsagen, daß sie in der Wahl ihrer Mittel zur Geldbeschaffung besonders wählerisch gewesen wäre.

Das Stärkste leistete sich nach dieser Richtung wohl Herzog Karl Eugen von Württemberg, der im 18. Jahrhundert dem thüringischen Berbergesellen Lorenz Wittleder den Aemterhandel in seinen Händen übertrug. Dieser Mann erledigte sich seiner Aufgabe in der denkbar einfachsten Weise. Er eröffnete in Ludwigsburg eine offene Verkaufsbude, in der jeder Mann nach Maßgabe der erlegten Summe ein Amt kaufen konnte. Die Wahl stand ihm dabei völlig frei, und so geschah es wohl auch, daß ein Jägerbursche zum Geheimen Rat und ein Knabe zum Amtmann befördert wurde. War das gewünschte Amt nicht vorhanden, so wurde es einfach geschaffen, wobei sich der findige Berbergeselle darauf hinausredete, daß Gott, wenn er ein Amt gebe, auch den Bestand nicht vorenthalten werde.

Aber schließlich ereilte auch diesen herzoglichen Vertrauensmann sein Schicksal. Im Jahre 1766 wollte der Herzog eine Reise nach Venedig machen, für die er alles bis auf das Reisegeld bereit hatte. Er schloß einfach einen Regierungsrat zu Wittleder und forderte ein Darlehen von 30 000 Gulden. Der Berbergeselle, der sich über den Charakter dieses Darlehens nicht im Unklaren war, machte zwar zunächst Ausflüchte, mußte sich aber schließlich dazu bequemen, gegen eine Schuldverschreibung die geforderte Summe auszugeben. Aber kaum hatte der Herzog das Geld in Händen, als er durch einen neuen Abgesandten dem Wittleder den Schuldchein abnehmen ließ und ihn des Landes verwies. Nicht lange darauf starb die „Geißel Württembergs“ in der Fremde eines elenden Todes.

Ein deutscher Urwildpark auf der Darß-Zingst.

In der „Grünen Post“ macht der bekannte Tierbildner Bengt Berg den Vorschlag, auch in Deutschland nach dem Beispiel von den Vereinigten Staaten einen „deutschen Urwildpark“ zu schaffen, wo die einst im „teutonischen Urwald“ lebenden stolzen Tiere unserer nordischen Heimat (Elch, Reiter, Rothirsch, Seeadler, Fischadler, Wanderschnepfen, Auerhähne usw.) freilebend für kommende Geschlechter stets zu sehen wären. Bengt Berg schlägt als solches zu schaffende Naturschutzgebiet den Wald der 20 000 Morgen umfassenden und viele undurchdringliche Erlsenbrüche aufweisenden Darßinsel Darß vor. Es erscheint ihm nicht ausgeschlossen, daß dann im Darßurwald auch ein seltener Stamm von Wisenten wieder ins Leben gerufen werden könnte. Bengt Berg hat schon seinen Plan dem preussischen Ministerpräsidenten Braun, dem Geheimrat des Zoologischen Gartens, Berlin) und dem Straßburger Regierungspräsidenten Dr. Hausmann unterbreitet, die sämtlich diesen großzügigen Plan gutheißten. Die Schaffung dieses deutschen Urwildparks in Vorpommern würde eine zoologische Großtat nicht nur für ganz Deutschland, sondern für ganz Europa und die ganze Welt sein.